

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

33 (9.2.1932)



# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei halbjährlicher oder jährlicher Abrechnung und bei Kontant zahlung außer Kraft tritt o. Erklärungen und Geschäftsbedingungen im Anhang. In Karlsruhe L. B. o. Schluß der Tages-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,70 Mark, jährlich 14,70 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erschließt 8 mal wöchentlich samstags 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Marktstraße 28 o. Zentral 7020/7021 o. Postfach 2650 Karlsruhe, Hauptstr. 6, 2. Boden, Jagdhausstr. 12, Kallert, Rosenstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 33

Karlsruhe, Dienstag, den 9. Februar 1932

52. Jahrgang

## Tardieus Wahlrede in Genf

Genügt Frankreichs Riesenrüstung immer noch nicht? - Redensarten statt ernstlicher Abrüstungswille Englands ruhige Haltung

SPD. Genf, 8. Febr. (Eig. Draht.) Als erster Redner in der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz sprach am Montag vormittag der englische Außenminister Sir John Simon. Simon ging davon aus, daß die Vorbereitung auf den Krieg keine Sicherheit biete, sondern sie vermindere.

Rüstungen seien ein Symptom eines pathologischen Zustandes, der Angst vor dem Angriff. Seine Regierung sei für beide Methoden der Rüstungsbeschränkung: Begrenzung aller Rüstungen, Verbot bestimmter Gattungen und internationale Kontrolle. Der Vorschlag Frankreichs werde wie alle anderen gewissenhaft ausgearbeiteten Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit zu prüfen sein. Die Seemächte hätten schon positive und wertvolle Ergebnisse für die Herabsetzung der Seerüstungen durch die Verträge mit Washington und London erreicht. Die englische Regierung sei der Meinung, daß diese Verträge einen wesentlichen Beitrag zu der Sache bilden, die der Konferenz am Herzen läge und daß sie gehalten werden müßten, bis zu ihrem Erlöschen im Dezember 1936. England glaube, die Konferenz werde gut daran tun, das Werk von Washington und London anzunehmen.

Simon faßt den englischen Standpunkt schließlich wie folgt zusammen: „Wir nehmen das alte Schema des Abrüstungskonventionenentwurfes an als Basis unserer Aussprache. Wir nehmen im allgemeinen die Methode der Begrenzung durch Erziehung von Höchstlimiten an. Wir unterstützen die Errichtung einer ständigen Abrüstungskommission. Wir fordern das Verbot der Giftgas und chemischen Kriegführung; wir drängen auf Abschaffung der U-Boote. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist nach unserer Meinung ein unerschwingliches Schwert. Aber wir suchen die praktische Methode zur Begrenzung der Seeresstärke durch U-Boote. Unser Bestreben ist nicht, die Rüstungen zu erhöhen, sondern ihre Gesamtlage und Gesamtkraft zu vermindern, wesshalb wir hauptsächlich alle Atomkraftwaffen beseitigen müssen. Wir sind auch bereit, einen praktischen Weg für die gemeinsame Herabsetzung der Tonnenstärken und geschützten Kaliber für die Kriegsschiffe zu suchen und anzunehmen. Das gleiche gilt für die Landartillerie. Diese Liste ist nicht erschöpfend. Wir wollen keine Erfolge für uns. Viele Friedenskonferenzen vor der jetzigen sind gescheitert.“

Die Folgen ihres Scheiterns sind mit Blut in die Weltgeschichte eingeschrieben.

Wir vertreten die Masse der Völker in allen Ländern, die die Schmachten schlagen müssen, und die in der Welt die Hoffnung auf einen guten Ausgang unserer Beratungen hegen. Erfolge haben die, die ihn geschlossen wollen.

Frankreichs Außenminister Tardieu vertritt den bekannten französischen Standpunkt der Achtung der Verträge und der Stärkung des Völkerbundes, ohne die es keinen gesicherten Frieden geben könne. Das Ziel der Konferenz sei die Vorbereitung einer Begrenzung und der Herabsetzung der Rüstungen unter vier Bedingungen: Sicherheit, Ausführung der gemeinsamen Verpflichtungen, geographische Lage und besondere Bedingungen. Nur weil man seit 18 Jahren aus dem Völkerbundsvertrag praktischen Ergebnisse, die er hätte bringen können, gesehen habe, nur weil der Welt von innen heraus ausgeschüttet worden sei, nur weil seine Verpflichtungen auf nichts herabgedrückt worden seien, wären Ergebnisse erzielt worden. Die öffentliche Meinung sei ermüdet von so vielen erfolglosen Konferenzen. Frankreich wolle auch den Völkern aufbauen statt neue Grundlagen zu suchen, denn seine Auffassung von der Abrüstung sei und bleibe begründet in der Auffassung, dem Völkerbund, der vor seinen eigenen Entscheidungen zurückweiche, solange ihm die Mittel zu ihrer Durchsetzung fehlten, die Machtmittel zu schaffen.

Tardieu entwickelte dann den französischen Vorschlag, der vor allem den vorbereiteten Abrüstungsentwurf berührt. Trotz seiner schon vorgenommenen Rüstungsverminderung sei Frankreich bereit, die auf Gegenseitigkeit beruhenden Verpflichtungen zu einer Begrenzung seiner Rüstungen auf eine bestimmte Zeit zu übernehmen. Frankreichs Vorschlag sei kein Mandat, es sei ein sicherer Vorschlag, der die Ueberbetung ausschliesse und einen Prüfstein biete für den Willen der gegenwärtigen Hilfe um die Sicherheit zu verstärken oder nicht! Er stelle die Einmütigkeit der französischen Stimme dar und habe große Ähnlichkeit mit dem Plan Sir Cecilis.

„Glauben Sie Frankreich“ fuhr Tardieu fort — „wenn es Ihnen lieb ist, daß es keinen gesicherten Frieden gibt, solange wir den Völkerbund nicht stark gemacht haben. Kritizieren Sie unser Projekt, Sie werden uns verständnisvoll finden unter jener einzigen Reserve, daß wir an den fundamentalen Grundlagen der Organisation des Friedens festhalten, weil wir überzeugt sind, daß eine Abrüstung der Organisation eine brutale und ungerechte Prämie für die Taten und die Technik der Abrüstung wäre.“

Tardieu schloß nach dieser einseitigen Wendung gegen Deutschland mit der Feststellung, daß keine Möglichkeit mehr für Ausweiden oder Vertagung vorhanden wäre. Ein Erfolg sichere einen dauernden Frieden, so daß sich die Technik der Abrüstung ohne Anstrengung entwickeln werde.

Ein Mißerfolg sei der Bankrott der größten Erwartungen, welche die Menschheit je gekannt habe. Zehn Millionen Tonnage, eine Milliarde Franken Verpflegung und 110 Milliarden Militärausgaben in der Welt, das sei die tragische Lage der Menschheit. Die Ueberlebenden müßten den Willen der Toten in Laten umgehen.

„Sind auch die Gipfel dieses Vertrages (gemeint ist der Völkerbundsvertrag) erbelt von einem leuchtenden Ideal der Zusammenarbeit, so sind gewisse seiner Klauseln einsig von den Notwendigkeiten der Stunde bestimmt, zu der über den Vertrag verhandelt wurde. Durch die Natur der Dinge sind Verfügungen getroffen worden, die aus einer nahen Vergangenheit herrühren und die jedes Ende eines Krieges mit sich bringen. Das ist eine Tatsache, und die Verneinung einer Tatsache hat niemals etwas an sich. Die internationalen Verträge sind wie die privaten; sie tragen den Umständen Rechnung und gründen auf sie gewis ihre Bestimmungen.“

Die logische Erklärung dieser Stelle einer Rede, die von der französischen Regierung Wort für Wort durchgearbeitet war, kann nur die Schlussfolgerung sein, daß jene aus dem Geist des Vergangenen stammende Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht mehr den heutigen Umständen entsprechen und daher revidiert werden müssen. Es wird vermutet, daß die Entscheidung Tardieus sich auf die neuen Waffenbestimmungen für Deutschland bezieht.

### Scharfe französische Kritik an Tardieus Rede

SPD. Paris, 8. Febr. (Eig. Draht.) Die Rede Tardieus auf der Abrüstungskonferenz wird von fast allen Pariser Abendzeitungen in vollem Umfange wiedergegeben.

Der Soir veröffentlicht eine vernichtende Kritik der Rede durch seinen Genfer Sonderberichterstatter. Er bezeichnete die Ausführungen Tardieus als „eine Wahlrede, die für Frankreich, aber nicht für die internationale öffentliche Meinung bestimmt sei. Der französische Kriegsminister habe sich auf einen Kommentar seines Planes und auf ein Waidwörter zugunsten Frankreichs beschränkt, während man von ihm die Aufhebung des bindenden Glieds erwartet hätte, das alle diese Vorschläge mit der Herabsetzung der Rüstungen vereinigt. Die Frage sei, ob Tardieu bereit sei, eine Abrüstung anzunehmen, die parallel mit der Organisation des Friedens vorgenommen werde, oder ob er im Gegenteil, getreu dem französischen Memorandum vom Juli aus der Abrüstungsfront die Front der Friedensorganisation machen wolle. Wenn dies der Fall wäre, hätte er tatsächlich die Konferenz torpediert, und das wäre nach seinem eigenen Ausdruck eine große Katastrophe.“

## Die Eiserne Front

Große Erfolge in Berlin - Machts nach!

Die erste Rüstwoche der „Eisernen Front“ war in Berlin ein ausgezeichneter Erfolg! In den ersten sechs Tagen haben sich in 165 Sammelstellen rund 112000 Personen eingetragen. In dieser Höhe sind noch nicht die Einzelstunden in den eisernen Büchern in den Betrieben enthalten. Die Rüstwoche wird in Berlin noch um eine Woche verlängert werden. Nach dem allgemeinen Ansturm der ersten Woche wird auch die zweite Woche ein voller Erfolg werden!

Dieses Ergebnis ist vor allem ein Zeichen von Befehrmotiv. Es galt nicht nur einen Beitrag zu spenden, für die Eisernen Front, es war nicht eine geheime Abstimmung mit dem Großen, es war vielmehr ein öffentliches schriftliches Bekenntnis für die Republik und für die Eisernen Front, das die Einzigen abgelegt haben. Der Gedanke, den Opferwillen zu verbinden mit dem Befehrmotiv, hat sich glänzend bewährt.

Die Berliner Republikaner haben damit den Republikanern in ganz Deutschland ein Beispiel gegeben. Es gilt, für den Aufbau der Eisernen Front die Mittel zu schaffen! Die Propaganda in Wort und Schrift zur Aufklärung der Massen, die vielen Tausende von Versammlungen im ganzen Lande, die Millionen von Flugblättern — alles das erfordert sehr erhebliche finanzielle Mittel. Die Eisernen Front ist nicht die Front der reichen Leute. Hinter den Republikanern, die der Eisernen Front die Strohstraw geben, steht nicht das Großbürgertum, stehen nicht die Großunternehmer. Die Subventionen der reichen Leute fließen in die Kasse der faschistischen Parteien. In jeder Versammlung der Eisernen Front, in der die Versammelten darüber befragt werden, wer von ihnen arbeitslos ist, wiederholt sich das Bild, daß die Hälfte der Anwesenden die Hände erhebt um zu bezeugen, daß sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wurden.

Diese Arbeitslosen fehlen nicht in den Kampferfassungen der Eisernen Front. Sie haben sich nicht in den Infanterien zurückgezogen, und sich nicht den Kopf durch radikale Phrasen vernebeln lassen. Sie fehlen nicht in der Berliner Rüstwoche der Eisernen Front. Sie haben sich dazu bekant und haben trotz ihrer Armut ihr Opfer gegeben. Sie werden auch nicht fehlen, wenn in ganz Deutschland der Gedanke der Rüstwoche durchgeführt werden wird! Wer wollte sich von diesen Arbeitslosen beschämen lassen, in der Entschlossenheit zum Kampf gegen den Faschismus, beschämen lassen an Opferwilligkeit und Befehrmotiv!

Das Beispiel der Berliner Rüstwoche der Eisernen Front wird in ganz Deutschland aufgelegt werden. Die Eisernen Bücher werden in ganz Deutschland aufgelegt werden. Es gilt für die technische Schlagkraft der Propaganda der Eisernen Front gegen den Faschismus zu sorgen. Der Gegenstoß der Partei des Faschismus wird nicht ausbleiben! Sie hat bereits angeht, daß sie über gewaltige finanzielle Mittel verfügt, daß sie, wie sie selbst ankündigt und wie wir zuverlässig zu wissen glauben, mit amerikanischen Methoden arbeiten, um dem Vorstoß der Eisernen Front entgegenzuarbeiten und daß sie dabei ungeheure finanzielle Mittel einsetzt. Das läßt positive Schlüsse darauf zu, welche Mittel ihr zur Verfügung stehen und in welchem Lager ihre Auftraggeber zu suchen sind. Die Leute, die über die Höhe der Steuern in Deutschland am lautesten klagen, haben seit Jahren gewaltige Beträge gegen den Staat an die Nazis zur Verfügung gestellt und leisten Bitter auch jetzt noch monatliche Millionenbeträge.

Gegen das Geld der Schwerindustrie und der Stahlmacher, die sich eine faschistische Bürgerkriegspartei und eine Bürgerkriegsarmee halten, gilt es, den Opfermut der Republikaner zu sehen. Wenn die Unternehmer aus dem Mehrwert die Bürgerkriegsbanden besolden, wenn sie eine kontrerevolutionäre Bewegung gegen die Republik und die demokratische Verfassung finanzieren, so wird die Arbeiterkraft trotz ihrer gedrückten Lage und ihren Lohn den Kampf des der Eisernen Front stärken.

Das Berliner Beispiel zeigt, daß der Ruf an die Republikaner nicht vergeblich gewesen ist. Sie sind da, wenn sie gerufen werden. Sie geben ihr Opfer, wenn es der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus erfordert. Sie geben mehr als ihr Opfer, sie bekennen sich öffentlich zu unserer Kampffront. Sie zeigen, daß sie letzten Endes ihre ganze Persönlichkeit einsehen im Kampfe gegen den Faschismus. Das Berliner Beispiel wird in den kommenden Tagen, wo die Rüstungswoche ins Land getragen wird, den Wetteifer der Republikaner in ganz Deutschland hervorgerufen. Am Montag bereits hat die Rüstungswoche in Hamburg begonnen. In kürzester Frist werden andere Großstädte und dann das ganze Land nachfolgen. Wir rufen zum Kampf gegen den Faschismus. Wir schaffen die Mittel zu diesem Kampf, wir bilden die Front, an der die faschistischen Bestrebungen zerfallen werden!

Und die Regierungen? Was tun sie, um dem Faschismus abzuwehren, um den faschistischen Söldlingen der Schwerindustrie das Handwerk zu legen, um ihren bevorstehenden Versuch, mit amerikanischen Restamemitteln eine neue Lügenwelle gegen den Staat zu entfachen, abzuwehren? Es ist an der Zeit, daß auch sie endlich handeln, handeln im Sinne einer großzügigen Volksaufklärung!!!

### Nicht vergessen!

„Der politische Führer Deutschlands soll die Wirtschaft von allem Zwang befreien, mit anderen Worten: er soll das Tarifrecht zerbrechen.“

Völkischer Beobachter vom 8. August 1931.

„Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos. Man kann schon von Arbeitslosigkeit reden!“

Völkischer Beobachter vom 3. August 1931.



# Ein Völkerbundsheer?

Noch bevor die Abrüstungskonferenz ihre eigentlichen Arbeiten aufgenommen hat und in die Generaldebatte eingetreten ist, hat Frankreich in Genf mit einer Senation aufgewartet. Der rührige und ehrgeizige Delegationschef Tardieu hat unermüdet einen Plan unterbreitet, der nicht nur in allen Konferenztiseln, sondern in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt hat. Das Geheimnis ist sorgfältig gehütet worden. Selbst die Delegationen der mit Frankreich eng verbundenen Staatengruppen sind erst wenige Stunden vorher von dieser Absicht unterrichtet worden, die übrigen Delegierten hingegen überhaupt nicht. Sie haben von dem Plan erst durch die Presse erfahren, die Tardieu am Freitag abend um sich versammelte, um den Plan bekanntzugeben und zu erläutern.

Aber diese auf Senation und Reflekt eingestellte Regie, die für Tardieu charakteristisch ist, muß bedenklich stimmen. Ernste Arbeit und aufrichtige Absichten vertragen sich schlecht mit theatralischen Bühnenwirkungen. Wer so vor geht wie der französische Kriegsminister, der erregt sofort den Verdacht, einen Propagandistisches Stück zu verüben.

Im Gegensatz zu denen, die hierzulande von vornherein alles ablehnen, beschimpfen und verdächtigen, was von Frankreich vorgeschlagen wird, wollen wir indessen, trotz der bedenkl. Reize, den französischen Plan objektiv und unvoreingenommen untersuchen, zumal sein Grundgedanke ebenso vernünftig wie verlockend ist. Er geht dahin, eine internationale Streitmacht zur Verfügung des Völkerbundes zu schaffen, die gewissermaßen als Sanktionsheer in Aktion zu treten hätte, wenn der Völkerbundrat beschließen würde, das gegen einen anarischen Staat gemeinam vorzugehen sei.

Wer sich zum Völkerbund bekennt, muß logischerweise die Idee der Völkerbundsarmee bejahen. Jeder Staat benötigt eine Exekutive, infolgedessen auch der Ueberstaat, als der der Völkerbund gedacht war. Man hat in Deutschland oft über die Schwäche der Reichsregierung gewollt, deren höchste politische Instanz, das Reichsministerium des Innern, keine eigene Vollzugsgewalt besitzt; dieses Ministerium wurde daher in politischen Krisen als „Die Dame ohne Unterleib“ bezeichnet. Kein: ein Völkerbund ohne Exekutivgewalt ist ebenfalls eine „Dame ohne Unterleib“. Dieser entscheidende Mangel macht sich gerade jetzt in verbängnisvoller Weise bemerkbar. Die Ohnmacht des Völkerbundes gegenüber Japan, seine Unfähigkeit, dem anagrischen China anders zur Hilfe zu kommen als mit schwächlichen Resolutionen, über die sich Tokio brutal hinwegsetzt, erklärt sich nicht zuletzt aus dem Fehlen einer internationalen Exekutivgewalt, die den Beschlüssen des Rates Geltung zu verschaffen hätte.

Die Väter des Völkerbundsgedankens, alle diejenigen, die es mit ihm ernst meinen, insbesondere alle Sozialisten, die sich mit diesen Problemen seit Jahren befassen, sind immer zu dem Schluss gelangt, daß die internationale Völkerbundsarmee notwendig sei und die Krönung der Weltabrüstung bilden müsse.

Aber — ihre Schaffung bedeutet zugleich, daß die Abrüstung wirklich und überall — wenigstens unter allen Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind — durchgeführt werde. In dem sehr instruktiven Büchlein von Leon Blum: „Ohne Abrüstung kein Frieden!“, das im Dietz-Verlag, Berlin, vor einigen Wochen erschienen ist, findet sich ein hochinteressantes Kapitel über „Die internationale Armee“, das jeder Politiker lesen müßte, der zu den Problemen Stellung nehmen will, die der französische Plan aufgeworfen hat. Blum setzt sich darin mit allen technischen und politischen Schwierigkeiten mutig auseinander, die mit der Schaffung einer Völkerbundsarmee verbunden sein würden, und kommt trotzdem zur Behauptung des Gedankens. Freilich unter einer entscheidenden Voraussetzung, daß nämlich wirklich und vollständig abgerüstet wird. Er schreibt:

„Die internationale Armee ist unvereinbar mit dem Fortbestand der nationalen Armeen. Entweder sie wird die einzige Macht oder sie wird gar nicht sein. Sie ist also die völlige Abschaffung aller einseitigen Armeen voraus, mit anderen die allgemeine und vollständige Abrüstung. Die Anhänger der internationalen Armee sind also die eifrigsten und rückhaltlosesten Anwälte der Abrüstung.“

Wir meinen nicht, und das dürfte auch nicht Leon Blums Auffassung sein, daß die Schaffung der Völkerbundsarmee erst in Angriff genommen werden könnte, nachdem der letzte einseitige Soldat verschunden sein würde, denn das hieße, den Gedanken auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Aber richtig ist, daß ein entscheidender, bindender Abrüstungsbeschluss vorangehen müßte, der insbesondere die unerhörte Ungleichheit im Rüstungsstande beseitigen würde, die die Friedensbilanz von 1919 zwischen Siegern und Besiegten geschaffen haben.

Aber in dem französischen Vorschlag ist von alledem keine Rede. Es wird zwar mit einer verblüffenden Genauigkeit der Anteil angegeben, den Frankreich bei der Schaffung der Völkerbundsarmee zur Verfügung stellen will, aber von der eigenen Abrüstung kein Wort! Im Gegenteil: der Plan bekennt sich eindeutig zu dem Entwurf der Vorbereitenden Kommission und verlangt seine schnelle Annahme und Durchführung. Das ist aber gerade jener Entwurf, den Deutschland mit Recht als ungenügend und partiell bekämpft und den wesentlich absuändern und zu verbessern das Ziel der Abrüstungsfreundlichen Delegationen sein muß. Das ist jener Entwurf, der sorgfältig darauf bedacht ist, Frankreichs militärische Vorherrschaft auf dem Kontinent zu sichern und einen wirklichen Ausgleich der Rüstungen zu verhindern.

Es ist daher erklärlich — und auch bezeichnend —, daß der Plan Tardieus die begeisterte Zustimmung der nationalistischen Pariser Presse findet einschließlich des militaristischen Matras Echo de Paris, daneben die schärfste Kritik durch das Organ der französischen Sozialisten, den Populaire, findet. Das auch sonst in der Welt der französische Vorschlag allgemein abgelehnt wird, zumal man darin die Absicht erblickt, den bestehenden Zustand der französischen Militärbegonie zu verewigen, ist unter diesen Umständen kein Wunder.

Von der deutschen Regierung wird man natürlich eine freundlichere Stellungnahme nicht erwarten dürfen. Indessen wäre es unklug, sich rein negativ zu verhalten. Vielmehr würde es sich empfehlen, den Gedanken der Völkerbundsarmee grundsätzlich zu bejahen, indem man ihn zum Ausgangspunkt für die Forderung einer wirklichen Abrüstung und eines wesentlichen Rüstungsausgleiches macht. Die Idee, die die französische Rechtsregierung aus rein agitatorischen Gründen an sich zu reißen versucht hat, kann und muß aufgegriffen werden, um jene zu schlagen, die sie für ihre Zwecke mißbrauchen wollen. Gerade der Plan einer internationalen Streitmacht bietet eine Fülle von Argumenten für die Beseitigung des jetzigen Zustandes. Ebenso kurzfristig und töricht wäre eine grundsätzliche Ablehnung einer Internationalisierung der Luftkrafte, die der französische Plan neben anderen Vorschlägen gleichfalls fordert. Man muß vielmehr diese Vorschläge positiv aufgreifen und weiter vorziehen im Sinne der tatsächlichen internationalen Abrüstung und des Ausgleiches. Dann wird vielleicht noch aus dem Vortage Frankreichs, der als ein militaristischer Propagandast inszeniert wurde, ein Fortschritt gegen seine eigenen Urheber werden. Die Idee wird sich an denen zeigen, die sie mißbrauchen wollten.

# Anfangen!

## Von der Privat- zur Gemeinwirtschaft

Von E. Aufhäuser, M. D. R.

Die Eisene Front formiert sich in allen Teilen Deutschlands. Not und Elend haben den Tatwillen der geschulten Arbeitermassen nicht brechen können. Die wachsende Aktivität erschöpft sich indes nicht in der Organisierung des Widerstandes gegen kapitalistische Gewalt, sie drängt vor allem nach wirtschaftlicher Entspannung. Das große Meer der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Erwerbslosen ist nicht länger willens, lediglich Beobachter steigender Massennot zu sein. Die Massen sträuben sich, vom Strom der Wirtschaftskrise fortgeschleppt zu werden und sie sind entschlossen, ein verzagendes Wirtschaftssystem umzubauen, sich selbst ein anderes und besseres Schicksal zu gestalten.

Weit über den Kreis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinaus wächst die Erkenntnis, daß der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft verzagt, seine eigenen Gesetze außer Kraft setzt und nicht mehr in der Lage ist, die zur Überwindung kapitalistischer Krisen früher benutzten Genesungsmittel heute noch anzuwenden. Je mehr die Vertreter der sogenannten freien Wirtschaft in ihrer Not nach der Staatshilfe rufen, umso näher rückt für Partei und Gewerkschaften die Aufgabe heran, Träger des Umbaus der Wirtschaft zu sein. Das herrschende System ist in seinen Grundlagen erschüttert; der Kapitalismus hat die fortschreitende Technik in den Dienst der Produktion gestellt, um sie unerhört zu steigern. Er setzt aber mit furchtbarer Deutlichkeit, daß er in der Warenverteilung und in der Verteilung des Warenstroms, damit in der Verbrauchsbedeutung nicht mehr ein noch aus weiß. Der Gegensatz zwischen Allgemeininteresse und Privatinteresse hat sich soweit verschärft, daß selbst eine bürgerliche Regierung gewonnen ist, regulierend in die Preis- und Zinsgestaltung einzugreifen. Die unheilbar gewordenen Verhältnisse unserer Wirtschaft drängen danach, daß sich der Staat einfließt, Kontrolle und Führung in der Wirtschaft in wachsendem Maße zu sichern versteht und Planmäßigkeit an die Stelle des privatkapitalistischen Chaos tritt.

Wir sind uns bewußt, daß eine echte Planwirtschaft nur im Sozialismus denkbar ist und die Veranschaulichung der Produktionsmittel zur Voraussetzung hat. Es wäre indes verfehlt, in einer Periode des verlangenden Kapitalismus die Menschen auf die Zukunft des Sozialismus verzichten zu lassen, ohne schon heute in einem Stadium Aktivität zum Umbau und Einbau der bestehenden Wirtschaftsordnung zu entwickeln.

Die Gegenwart verlangt, daß bereits in unseren Tagen Elemente der Planmäßigkeit in das noch herrschende System des Kapitalismus eingefügt werden. Wer den Sozialismus von morgen will, muß bereit sein, heute alle Kräfte zum Umbau der noch herrschenden Wirtschaft einzusetzen. Der Weg vom Privatkapitalismus zum Sozialismus führt über den Staatskapitalismus. Die Produktion kann inmitten einer katastrophalen Wirtschaftskrise nicht länger und ausschließlich als Privatangelegenheit des Kapitalisten des Staates zum Besitz von Produktionsmitteln

und die planvolle Zusammenfassung der in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe ist zur Tagesaufgabe gereift. Das Reich kann nicht in schlechten Zeiten Subventionen verschleudern, ohne an die Zeit steigender Konjunktur zu denken, in der es wieder ohne jeden Einfluß auf die Wirtschaft sein soll.

Die Reform des Bank- und Kreditwesens ist längst spruchreif. Mehr als 60 Prozent des Kreditvolumens stehen heute unter staatlicher Kontrolle. Es wäre verhängnisvoll, nach Herausgabe von Millionen von Stützungsmitteln des Reiches wieder zur Wirtschaft der Banken vom 13. Juli v. J. zurückkehren zu wollen, statt die organisatorischen Vorbereitungen für eine nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gerichtete Lenkung des Kapitalstroms und der Kreditverteilung zu treffen.

Es gibt keine Geldung, ohne daß der Staat zur Kontrolle der Monopole übergeht, wobei Preis, Produktion und Absatz den Allgemeininteressen anzuweisen sind. Die Sozialdemokratie hat auch Wege gemein, die Wohnungs- und Wirtschaft zu reorganisieren, den Baumarkt zu heben. Ihre Vorschläge für eine aktive Außenpolitik zur Lösung der Reparations- und Kreditfrage sind in frischer Erinnerung. In der gegenwärtigen angespannten Lage sollten aber alle Einzelvorhaben nicht mehr getrennt betrachtet werden dürfen. Den verlangenden sogenannten Wirtschaftsführern wird vielmehr die deutsche Arbeiterklasse ihren Willen zur Umgestaltung der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse gegenüberstellen müssen.

Dieses konstruktive Wollen ist schon deshalb unerläßlich, weil auch die brennende Frage der Arbeitsbeschaffung ohne irgendwelche Veränderung der kapitalistischen Zustände von heute immer nur in sehr beschränkter Weise gelöst werden kann. Eine Finanzierung umfangreicher Notstandsarbeiten wird bei Heranziehung des Bankes und bei Fälligmachung der heute geschamferten Gelder ohne neue Revisionsmaßnahme möglich sein. Die Massenerwerbslosigkeit im Ganzen aber ist mit dem kapitalistischen System untrennbar verbunden. Unser Kampf gegen Not und Krise ist darum auch gleichzeitig der Kampf gegen ihre Ursachen. Die Arbeiterklasse von heute hat die geschäftliche Aufgabe, das nur unter unglücklichen Opfern des Volkes herrschende System zu ändern. Es mag den Wandern für Wandermarierposten überlassen bleiben, Not leidende Arbeiter mit Wunderrezepten beglücken zu wollen. Die denkenden Arbeiter und Angestellten müssen, das Verweilen stets ein schlechtes Berater gemein ist. Sie haben dem Scheinsozialismus der Profisisten den echten sozialistischen Tatwillen entgegenzusetzen. Der Schritt zur Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft ist in unserer Hand, wenn wir entschlossen sind, den Kampf um Überwindung der gegenwärtigen Krise zu verbinden mit der Gesamtanwaltschaft.

Umbau der bestehenden Wirtschaft. Nicht von heute auf morgen — aber anfangen!

## Wehrminister und Wehrverbände

### Viele Worte und bedenkliche Tatsachen

Der Reichswehrminister hat unter dem 29. Januar im Einvernehmen mit dem Reichszentralrat einen Erlaß an die Wehrmacht erteilt, in dem er sich mit der psychologischen und staatspolitischen Seite der Wehrverbände befaßt. In dem Erlaß heißt es:

„1. Nur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen und die ihre Hauptaufgaben in der körperlichen und geistigen Erhaltung ihrer Mitglieder sehen.“

2. Jede militärische Betätigung der Verbände lehne ich als zwecklose Soldatenpietät ab. Wo ich auf derartige Dinge, die zudem gesetzlich verboten sind, treffe, werde ich dagegen einschreiten.“

3. Die Annahme von politischer oder sonstiger staatslicher Befugnisse durch die Verbände werde ich stets als schärfste Befehle. Die gerindeste Annahme von diesem Gebiet bedeutet eine Verletzung der Wehrmacht und Polizei, der berufenen Hüter der staatlichen Ordnung. Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Disziplinpolizei, wie sie seinerzeit in den Köpfen gewisser Reichsbannerkreise spulte oder die Organisierung anderer derartiger Organe, wie sie Herr Dr. Best in Hesse vorzuschwebte, niemals dulden. Derartige Organisationen führen letzten Endes zu Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlichen revolutionären Gebilden. Wenn außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nötig sind, so stehen dem Herrn Reichspräsidenten die gesetzlichen Machtmittel dazu zur Verfügung. Unzulässige Gemüter, Distinktionwärmern und Projektionsmaschinen kann ich die Verschönerung geben, daß die legalen Machtmittel des Staates intakt und ausreichten sind, um jeden Verzagten Versuch im Keime zu ersticken, und ich möchte auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich diese Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne zu zögern und rücksichtslos einzusetzen gewillt bin.“

Der Inhalt des Erlasses, der nach seinem Inhalt und seiner Sifizierung merkwürdig anmutet, ist der Frage gewidmet: Wenn Bemerker aus politischen Gründen von der Einstellung in die Reichswehr ausgeschlossen sind.“ Es handelt sich hier um den Erlaß, den wir bereits registriert haben und der von der Einstellung in die Reichswehr für die Zukunft nur Kommunisten ausschließt, während er der von den Nazis nicht widerspricht. Insofern reißt der Erlaß einen Widerspruch an den anderen. Er schließt beispielsweise von der Einstellung ganz generell „Mitglieder von Parteien und Verbänden aus, die ihrem Programm oder ihrem tatsächlichen Verhalten nach gewillt sind, die Verfassung gewalttätig zu ändern.“

Von den Kommunisten wird ausdrücklich gesagt, daß sie diese gewalttätige Veränderung nach ihrem Programm wollen, während sich der Erlaß über die Rolle der Nationalsozialisten ausspricht, obwohl sie nach der Auffassung hoher Gerichte, die sich auf die Reden maßgebender Nazisführer stützt, als ihr Ziel ebenso wie die Kommunisten den Sturz des bestehenden Staates, und zwar mit allen Mitteln erstreben. Welche Gründe hat der Reichswehrminister dafür, daß er trotz der Auffassung hoher Gerichte über die Ziele der NSDAP, die kommunistischen Parteimitglieder, die sich hinsichtlich der Einstellung in die Reichswehr in Zukunft schlechter behandeln müssen will, als die Mitglieder der Hitlerpartei? Wahrscheinlich nur die Zulage Hitlers, daß er legal zur Macht wolle. Unterdehnen aber reden seine Unterführer im Lande tagtäglich das Gegenteil.

In der Bendlerstraße hört man jedoch zur Zeit nur die eine Seite — und das dürfte seine bestimmenden Gründe haben.

## Frick, Hitler, Hildburghausen

Nazi-Frick's Köpenickade von Hildburghausen wird nun im Gerichtsamt auf der Legalität geprüft werden. In der ersten Nummer des nach achtjährigem Verbot wieder erschienenen Hitlerblatts verurteilt der königliche Heimtäter von Pirnaisens seine Blätter mit folgenden Worten:

„Bei dem Versuch, Adolf Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu ernennen, habe ich mich durchwegs im Rahmen meiner verfassungsmäßigen Befugnisse als thüringischer Innenminister gehalten. Es hat sich dabei also nicht um einen Schiebungsvorfall, sondern um einen legalen Staatsakt gehandelt.“

Diese Behauptung, die mit den Feststellungen der thüringischen Staatsregierung in diesem Zusammenhang gegen den Antrag antrag enthalten, den Frick bei der Staatsanwaltschaft gegen den thüringischen Justizminister gestellt hat. Das Blatt hat den thüringischen Justizminister als einen unwürdigen Schiebungsvorfall gekennzeichnet. Frick erklärt darin eine formale Beleidigung des Justizministers und verlangt darüber hinaus als ehemaliger Minister und derzeitiger bayerischer Regierungsrat unter Bezug auf die wegen Notverordnung des Reichspräsidenten ausgesetzten Ehrenrechte und Erhebung der öffentlichen Anklage.

Bemerkenswert ist im übrigen, daß Frick in demselben Schreiben an den thüringischen Staatsanwalt sich nicht scheut, unter beschuldigenden Ausfällen gegen den Staat die unwahre Behauptung aufzustellen, daß dem Frontkämpfer Frick die von ihm verübte Blätterführung auf dem ordnungsmäßigen Wege bis heute vorenthalten worden sei.

## Nazilümmel an der Berliner Universität

### Die feigen Burgen leugnen

DNB, Berlin, 8. Febr. (Sta. Melde.) Die Studentenschaft der Universität Berlin hat am 4. Februar zu einer Schließung der Universität beschlossen. In dem heute Vormittag vor dem Schnellgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marcard, der gleichzeitig Universitätsrichter der Reichshochschule ist, wurden sieben Studenten wegen Landfriedensbruchs zur Verhandlung. Sieben Studenten hatten sich wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Bei der Vernehmung der Angeklagten, die sich alle als Mitglieder des Nationalsozialistischen Studentenbundes bzw. der NSDAP, oder NSU, bekannten, bestritten alle eine Beteiligung an den Ausschreitungen und wollen nur zufällig in die Schlägerei geraten sein.

Das Schnellschöffengericht verurteilte die Angeklagten nach dem Urteil wegen schweren Landfriedensbruchs zu je acht Monaten Gefängnis, den Angeklagten Pöhl wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis, die Angeklagten Müller und Jüderhof wegen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis und die Angeklagten Kuppwin und Leonhardt wegen Verletzung (groben Unfugs) zu je vier Wochen Haft. Die Dartheilung wurden vom Gericht aufgehoben.

## Der Krieg im Osten

### 40 000 japanische Soldaten bereitgestellt

WB, London, 8. Febr. Nach der englischen Zeitung New World steht eine japanische Division in Stärke von 40 000 Mann bereit, um Schanghai zu besetzen. Nach der gleichen Zeitung hat die japanische Regierung nichts zu tun mit den 10 000 Mann, die jetzt in Schanghai an Land geleitet werden.

Im Laufe der Woche in Schanghai sind von den japanischen Besatzern etwa 100 Häuser zerstört worden, ebenso die ruffische Kirche. Zahlreiche Gefolge sind in die „ernationale Konsolidation“ gegangen. Vier Personen wurden schwer verletzt.



# Sowjet-Deutschland?

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird in Kürze eine Streitschrift: „Sowjetdeutschland“ der Öffentlichkeit übergeben, die den letzten Deklamationen der Kommunisten das Tatsächliche entgegenstellt. Der nachfolgende Beitrag ist dem Kapitel dieser Schrift: „Führt Sowjetdeutschland zum Sozialismus?“ entnommen.

Nach der Behauptung, daß eine Staatsform noch lange kein sozialistischer Reich ist, wenn auch die Staatsmacht sich proletarisch nennt, und der Forderung daraus, daß die von den Bolschewisten dem russischen Volk aufgedrängte Staatsform zwangsgeläufig in eine Art Staatsform überlebe, heißt es weiter:

Über vielleicht ist in Deutschland die Sowjetwirtschaft mehr am Platze? Vielleicht haben die Kommunisten recht, wenn sie die Stalinische Generallinie für die deutsche Wirtschaft anwenden wollen?

Auf den ersten Blick hat das etwas Bestehendes. Was Kloppe im Sozialismus ist, kann im hochindustriellen Deutschland ausfindig gemacht werden und versucht werden. Zum Unterschied von Rußland hat Deutschland nicht nötig, erst die technisch-ökonomischen Voraussetzungen für die Sozialisierung — die Fabriken und Kraftwerke, die Eisenbahnen und Handelsflotte — zu schaffen. Die Industrialisierung ist schon da. In Deutschland fehlt es nicht an qualifizierten Arbeitern, an Ingenieuren und Technikern, an Volkswirtschaftlern. Deutschland ist kein Land der Analphabeten! In Deutschland bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dazu ist es politisch geschult und organisiert.

Das alles stimmt. Aber das sind eben alles objektive Voraussetzungen für die sozialistische Umwandlung Deutschlands im Rahmen und mit Mitteln der Demokratie. Das ist eben das Ziel und der Weg der deutschen Sozialdemokratie.

Gerade weil Deutschland wirtschaftlich, sozial und kulturell ein hochentwickeltes Land ist, ist der „Weg der Oktoberrevolution“ auch für die deutsche Arbeiterklasse unangängig. In Rußland ist sozialistischer Sozialismus eine sinnvolle Utopie. In Deutschland ist die Sozialisierung durch eine diktatorische Minderheit ein unzulässiges Abenteuer, das sich nur zu halb mit dem Wirtschaftserfolg rächen würde.

Der Herstellung und Befestigung einer Diktatur ist in Deutschland (wie es allerdings auch in Rußland der Fall war) nur auf dem Wege des blutigen Bürgerkrieges möglich. Bürgerkrieg bedeutet aber Wirtschaftserfolg, Inflation, Kriegsgefahr. Wird „Sowjetdeutschland“ proklamiert, so werden die Auslandskredite automatisch aufgehoben. Deutschland ist auf Export angewiesen. Es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß „Sowjetdeutschland“ mit einer Wirtschaftsblokkade begegnet würde. Dasselbe gilt für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, auf welche Deutschland als Industrieland gleichfalls angewiesen ist.

„Sowjetdeutschland“ bedeutet Diktatur der Minderheit. Sie wird nicht nur die Großbourgeoisie und Großarbeiter, sondern auch die Bauernschaft, den Mittelstand, die Intellektuellen, das Beamtenumfeld angehen. Sie wird dann notwendig zur Bekämpfung des grausamsten Terrors greifen müssen. Und die deutschen Kommunisten sind im voraus dazu bereit! Sie predigen begeistert den Terror à la Ljuba. Sie träumen vom „an die Wand stellen“. Man wird wie in Rußland mit den Wägen und Industriellen anfangen und mit den sozialistischen Arbeitern und Kleinbauern enden. Die Wissenschaft wird geteilt und uniformiert, die geistige Freiheit wird getötet werden und mit ihr die freie Initiative, der Mut der Verantwortlichkeit, die Arbeitsfreude. Das politische Leben, die Presse, die freien Organisationen — und nicht nur der Ausbeuter, sondern auch der Ausbeutete — werden wie in Rußland unterdrückt, verstimmt, aus der Welt geschafft. Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Kulturverbände — alles wird verstaatlicht, bolschewisiert, militarisiert, enteignet.

„Sowjetdeutschland“ wird sich als Bundesglied der Sowjetunion anschließen und anpassen müssen, und sein anderer als Stalin in eigener Person wird die höchste Instanz, der Oberbefehlshaber Deutschlands sein. Wer anders als Stalin und sein Strommann Thälmann zu denken, zu sprechen, zu handeln versuchen wird, der wird dies in den Kellern der deutschen Tscheka fürchterlich bereuen müssen.

Die kompromittierte deutsche Wirtschaft wird automatisch zum Objekt der Stalinischen oder Thälmannischen Verfolgungspolitik werden. Auch in Deutschland wird der angebliche bolschewistische Sozialismus „erborgt“ werden müssen, vielmehr zum Hunger führen, statt mehr Freiheit, Glück und Arbeitsfreude mit sich zu bringen.

Über einen mehr oder weniger langen Umweg wird jedoch Deutschland nach dem bolschewistischen Experiment zur kapitalistischen Restauration, und zwar in faschistischer Form, zurückkehren. Die Idee des Sozialismus wird inzwischen distanzieren, die Arbeiterklasse verarmen und desorientiert, die Demokratie zerstört sein.

Die Spuren von Ungarn und Italien schreien! Durch das Tor des Bolschewismus kann nur der Faschismus eindringen. Nein, die Massenbewussten Arbeiter Deutschlands, die mehr Erfahrung haben als ihre armen russischen Klassenbrüder, werden „den Weg der Oktoberrevolution“ nicht betreten. Ihr Ausweg aus der kapitalistischen Falle führt durch die Demokratie zum demokratischen Sozialismus!

## Mehrheit für die englische Regierung

London, 8. Febr. Der Wählersontrag gegen die Regierung wurde vom Unterhaus mit 438 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

## Die litauische Kampagne gegen Memel

Zur Abhebung des Memeler Landesdirektoriums durch den litauischen Gouverneur in Memel schreibt uns der SPD:

Mit der Tatsache, daß Holz und landwirtschaftliche Erzeugnisse Litauens auf dem Memelland nach dem Umsturz des Königsberg befordert werden, hat man seinerzeit die Loslösung der Stadt Memel und ihrer Umgebung von der deutschen Republik und ihre Annaherung an Litauen gerechtfertigt. Man konnte jedoch nicht weglassen, daß das Memelland überwiegend deutsch ist und in ihm nur eine kleine litauische Minderheit wohnt. Dieser deutsche Charakter des Memellandes zwang dem Völkerbund die Einziehung und Garantie einer weitgehenden Selbstverwaltung für das Memelland ab. Die Landesregierung, Direktorium genannt, war von dem freigestellten Landtag zu ernennen, auf eine Reihe von Jahren blieb die männliche Jugend vom litauischen Heeresdienst befreit, nur das Zollgebiet, die Währung und die Zentralregierung sollten gemeinsam sein, ein Gouverneur sollte als Vertreter der Regierung in Romno (Kaunas) die oberste Verwaltungsfunktion innehaben.

Dieser Zustand war den litauischen Chauvinisten stets ein Dorn

im Auge. Schon im Jahre 1923 verübten sie einen Putsch, um die Selbstverwaltung zu beseitigen, ohne sich jedoch durchzusetzen. Vor einigen Wochen hat nun eine Kampagne gegen die deutschen Bevölkerungsteile begonnen. Einige deutsche Landtagsabgeordnete wurden landesweiter Bestrebungen beschuldigt, weil sie nach Deutschland reisen wollten und zu diesem Zweck bei dem Deutschen Generalkonsulat zugleich mit dem Bisum gewisse Empfehlungen an die Grenzbehörden erbitten hatten, wie sie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in allen Staaten und von den diplomatischen Vertretungen der meisten Regierungen auf Wunsch gern erteilt werden. Die Beschuldigten haben die Anschuldigungen gegen sie in öffentlicher Landtagsitzung widerlegt, indem sie den unzulässigen Zweck ihrer Reisen darlegten. Aber die Gerüchte wollten nicht verfliegen, daß die Anwesenheit des Gouverneurs Mertos in Romno der Vorbereitung eines neuen Putsches gegen die memelländische Selbstverwaltung diene. Aber diese Unstimmigkeit wurde von den amtlichen Stellen in Romno auf das Bestimmteste bestritten. In es wurde sogar in feierlicher Form, nämlich durch Ueberreichung einer Note im Auswärtigen Amt in Berlin, versichert, daß Litauen die vom Völkerbund eingeführte und garantierte Autonomie unbedingt achten würde. Die Amtsenthebung des Memeler Landesdirektoriums hat gezeigt, was die Erklärungen einer zum Rechtsbruch entschlossenen und vor brutaler Gewaltanwendung nicht zurückschreckenden Nationalistenregierung wert sind.

Jetzt hat der Völkerbundrat das Wort!

## Die Antisemitenschande

Vorstellungen beim Reichsinnenminister

Reichsminister Gröner empfing im Innenministerium die Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände und dem Vorsitzenden des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer zu einer mehr als eine Stunde währenden Unterredung. Sie trugen dem Minister Proben der maßlosen nationalsozialistischen Agitation gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung vor; sie wiesen auf die in jüdischen und nichtjüdischen Kreisen hierdurch erzeugte Unruhe hin und machten besonders auf die durch die Bildung einer jüdischen Agitation gegen eine religiöse Minderheit entstehenden Folgen für Ruhe und Sicherheit im Innern und das deutsche Ansehen nach außen aufmerksam. Die Erschienenen gewannen aus den ausführlichen Darlegungen des Ministers die Ueberzeugung, daß die Reichsregierung die Angriffe gegen die jüdische Religionsgemeinschaft und ihre Bekämpfer scharf mißbilligt und daß die Regierung fest entschlossen ist, die verfassungsmäßigen Rechte aller deutschen Staatsbürger mit äußerster Entschiedenheit und mit Einsetzung aller Nachmittel zu schützen.

## Arbeiterinternationale gegen Japan

Scharfe Kritik am Völkerbund

Die in Gen amnesten Mitglieder des Vorstandes der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben in einer gemeinsamen Sitzung folgenden Protest an den Völkerbund veröffentlicht:

„Die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund können nicht dulden, daß die Abrüstungs-

konferenz ohne Protest gegen den Ueberfall Japans auf China eröffnet werde. Wenn gesagt wird, es gäbe keinen Krieg, so beweisen die Tatsachen das Gegenteil. Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Ueberfall Japans auf China haben die Gefahr eines Weltbrandes heraufbeschworen. Solange Japan in der Mandchurie vorging, haben die Großmächte nichts getan, um ihre Pflicht zu erfüllen, sie haben es nicht gewagt, ihren Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt, dem Kellogg-Pakt und dem Neun-Mächte-Abkommen nachzukommen. Sie hätten Japan zwingen müssen, seinen imperialistischen Angriff auf China einzustellen. Aber der Völkerbund war machtlos, weil die Großmächte, die ihn beherrschten, es so gewollt haben.

Die SWI. und der IGB. erklären daher:

1. Die kapitalistischen Regierungen haben, indem sie nicht eingriffen, um dem Raubzug der Japaner auf die Mandchurie Einhalt zu gebieten, die Mitschuld an den gegenwärtigen Ereignissen auf sich geladen.

2. Die Regierungen der kapitalistischen Länder verfügen über ausreichende wirtschaftliche und finanzielle Druckmittel, um Japan zur Innehaltung der Verträge zu zwingen. Es sei darauf hingewiesen, daß der Weltkapitalismus, der sich dieser Mittel so oft zur Niederringung revolutionärer Bewegungen bedient hat, nicht einmal versucht hat, sie gegen Japan anzuwenden. Die beiden Internationalen fordern die Parlamentsparteien der angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten die Frage der Lösung bestehender Verträge aufzuwerfen und zu verhandeln, daß Staatsangehörige ihrer Länder den Krieg fördern, indem sie Waffen und Kredite an die Angreifer liefern.

## Ein faulenzender Naziabgeordneter

Hannover, 8. Febr. (Eig. Draht). Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Leister ist aus dem Kommunalamt des Kreises Niburg a. W. fristlos entlassen worden. Leister war aufgefordert worden, während der Reichstagspause seinen Dienst in der Kreisamtsverwaltung, deren Direktor er war, wieder aufzunehmen. Da er dieser Forderung nicht nachkam, und sein Fernbleiben damit begründete, daß er für seine Partei „arbeiten“ müsse, erfolgte die Entlassung. Die „Arbeit“ des besagten Herrn bestand hauptsächlich aus Fehreden gegen den Staat, dessen Geld er immer gern genommen hat.

## Nationalsozialisten verleumdend Braun

Der preussische Ministerpräsident beichtigt

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter des Thüringischen Landtags hat dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung behauptet, der preussische Ministerpräsident lasse sich gegenwärtig in der Schweiz für 80 000 Goldfranken ein Haus bauen. Ministerpräsident Dr. Braun hat den Zeitungen, die diese Behauptung wiedergegeben haben, eine dreiseitige Berichtigung ausgeben lassen, in der er feststellt, daß für ihn weder für den genannten noch für einen anderen Betrag in der Schweiz ein Haus gebaut werde und die Nachricht daher unrichtig sei. Der betreffende Landtagsabgeordnete ist ebenfalls von dem Sachverhalt unterrichtet worden.

Wenn nunmehr die Behauptung noch einmal aufgestellt werden sollte, so dürfte der Beweis erbracht sein, daß er wider besseres Wissen aufgestellt wird. In diesem Falle würden unmissverständlich die erforderlichen gerichtlichen Schritte eingeleitet werden.

# Freistaat Baden

## Steigende Not

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland vom 16. bis 31. Januar 1932

Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen betrug Ende Januar 340 039 Personen, 271 108 Männer und 68 931 Frauen. Von der Zahl, die seit Mitte des Monats 7421 Personen ausmachten, kamen 2443 oder rund ein Drittel auf die Metallindustrie.

In der Statistik der unterstützten Arbeitslosen haben sich jetzt die starken Zugänge der ersten Januarhälfte ausgemittelt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg in der Arbeitslosenversicherung um 9 685 Personen und in der Krisenfürsorge um 5 554. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. Januar 1932 folgender: in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 122 290 Personen (98 195 Männer, 24 095 Frauen) in der Krisenunterstützung 83 588 Personen (71 888 Männer, 11 700 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 15 539 Personen oder um 8,2 v. H. von 190 339 Personen (156 634 Männer, 33 705 Frauen) auf 205 878 Personen (168 083 Männer, 37 795 Frauen); davon kamen auf Württemberg 88 162 gegen 82 732, und auf Baden 116 716 gegen 107 607 am 15. Januar 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Januar 1932 auf tausend Einwohner 40,9 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 38,7 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

## Grauenhafte Zahlen

Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 30. Januar 1932 insgesamt 45 065 Arbeitslose, davon 35 372 Männer und 9690 Frauen. Von den Arbeitslosen entfielen auf die Stadt Mannheim 27 535 Männer und 7376 Frauen (zusammen 34 911), auf die Landgemeinden 7837 Männer und 2317 Frauen. Unterstützung haben bezogen 22 622, und zwar Arbeitslosenunterstützung 11 673 und Krisenunterstützung 10 949 Personen. Zu den Unterstützungsberechtigten kamen noch 26 367 zuglugsberechtigte Ehegatten und Kinder.

## Landtagssession

Man schreibt uns:

In dieser Woche nimmt der Badische Landtag seine Arbeiten wieder auf. Am Mittwoch tritt der Ausschuss für Gelände und Beschwerden zusammen, am Donnerstag findet eine Sitzung des Haushaltsausschusses statt und am Freitag beschließt sich der Rechtsprüfungsausschuss mit einer Anzahl eingehender Anträge.

Die erste Plenarsitzung findet am Dienstag, den 16. Februar, statt. Die im Landtag seitens der Kommunisten und der Nationalsozialisten eingebrachten Anträge lassen eine ziemlich bewegte Landtagsession voraussehen. Den Nazis geben natürlich die bei ihnen vorgenommenen Hausdurchsuchungen wider den Strich und die Veröffentlichung über die SW. und SS. hat sie reichlich nerods gemacht. — Dazu kommt der bekannte „araropolitische Apparat“ der Nationalsozialisten, daß die Städte ausgehungert werden sollen. Im ganzen

Land werden diese Nazipläne diskutiert und mit der Kritik über solche Halbwalde Fälle nicht zurückgehalten.

Die Kommunisten dürfen natürlich nicht fehlen, wenn es sich darum handelt, der Republik politische Schwierigkeiten zu bereiten und in einer Kampffront mit den Nazis zu stehen. Sie haben dem Landtag ebenfalls eine Anzahl Anträge eingebracht. Es ist ganz klar, daß im Plenum des Landtags diese politische Stimmung und der Gegensatz zwischen den Koalitionsparteien und den Rechts- und Linksparteien entsprechenden Ausdruck findet.

Die meisten dieser Anträge werden bei den Vorantragsberatungen mit zur Diskussion gestellt werden, aber die Nazis haben es eilig; erklärte doch ihr Sprecher in der Vertrauensmännerstunde am 8. Februar, daß die Nazis wünschen, alle ihre Anträge sollten vor der Reichspräsidentenwahl im Plenum des Landtags beraten werden. Man merkt die Unruhe und wird den Nazis wahrscheinlich den Gefallen nicht tun.

Im übrigen gehen dem Landtag in nächster Zeit noch zu: Ein Gesetzentwurf über das Vermessungswesen und eine Änderung des Gemeindefeuergesetzes. Von den Vorantragsberatern sind zunächst Beratungsstellen: Der Vorantrag des Staatsministeriums, des Landtags und des Rechnungshofes. Für die nächsten Monate liegt also genügend Arbeitsstoff vor. Das badische Parlament ist alljährlich wieder in der Lage zu arbeiten. Es hat durch seine Geschäftsbekämpfung dafür gesorgt, daß das Parlament auch wirklich seine Aufgaben erfüllen kann.

## Bewußte Provokationen der Nazis

Wie die Polizei mitteilt, wurden in der Nacht auf Sonntag in Reilshelm bei Bammental 63 Angehörige der NSDAP, aus Heidelberg und Redargemünd festgenommen, weil sie in verbotswidriger Weise zu politischen Zwecken nach Redargemünd nach Reilshelm marschiert waren. 22 Teilnehmer waren mit Stöcken bewaffnet. Der Veranstalter wurde ins Gefängnis eingeliefert. Die übrigen Personen wurden nach Feststellung der Namen und Abnahme der Stöcke auf freien Fuß gesetzt.

## Neues vom Neckarkanal

Der Vorstand und große Ausschuss des Süddeutschen Kanalvereins tagte kürzlich in Anwesenheit des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz und des badischen Innenministers Walter in Stuttgart. Das Vorstandsmitglied der Redar-Gesellschaft Dr. Hirsch, gab einen Bericht über den Stand der Arbeiten am Neckarkanal. Die für die Ausführung zunächst vorgesehene Strecke von Mannheim bis Hochheim hat eine Länge von rund 200 Kilometer. Davon ist auf der Strecke Mannheim—Heilbronn die Hälfte fertig und ungefähr ein Viertel im Bau. Von den insgesamt 26 Staustufen sind 12 mit 10 Kraftwerken, in denen bereits über 175 Millionen Kilowatt im Jahre erzeugt werden, im Betrieb. Die beiden Staustufen Hirschhorn und Rodenan werden noch in diesem Jahre fertiggestellt, ebenso der erste Teilausbau des Kanaldurchstichs bei Heilbronn. Man rechnet damit, daß der Neckarkanal auf der Strecke Mannheim—Heilbronn bis zum vorgelassenen Zeitpunkt, das sind die Jahre 1936/37, voll ausgebaut dem Betrieb übergeben werden kann. Der bisherige Vorwand wurde einstimmig wiedergewählt und als Ort der diesjährigen Tagung Mannheim bestimmt, wo gleichzeitig die Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnen-Schiffahrt stattfand.



# Aus aller Welt

## Wirbelsturm über den Reunions-Inseln

Paris, 8. Febr. Die Reunions-Inseln wurden, wie das Kolonialministerium heute erfahren hat, durch einen Wirbelsturm von ungeheurer Ausdehnung heimgeschlagen. Der Ort hat mindestens 50 Todesopfer gefordert. Der Ort St. Denis ist vollständig zerstört worden.

## Zur Hebung des Tauchbootes M 2

London, 8. Febr. Die Taucher, die mit der Hebung des gesunkenen U-Bootes M 2 beschäftigt sind, haben festgestellt, daß das Boot vollständig mit Schlamm angefüllt ist. Die Dispositionen zu umfangreichen Hebungsarbeiten sind getroffen worden. Alle Taucher des U-Bootes sollen verstopft und das ganze Boot geleert werden. Die mit der Arbeit beschäftigten Taucher haben, wie verlautet, bereits bei der Hebung der deutschen Flotte in Scapa Flow mitgewirkt.

## Bermigte Militärlugzeuge

Jerusalem (Hanas), 8. Febr. Drei zu einer Zwölfstärker gehörige Militärlugzeuge wurden auf einem Flug von Bagdad über den syrischen Wüste von einem Sturm überrollt und werden bisher vermisst.

## Schweres Automobilunglück bei St. Gallen

St. Gallen, 8. Febr. In Bruggwald bei St. Gallen ereignete sich ein schweres Automobilunglück. Ein mit vier Personen besetztes Automobil durchfuhr ein Straßengelände und stürzte in einen 25 Meter tiefen Tobel hinunter. Der 53 Jahre alte Hotelier Werner Kammermann aus Weinfelden (Thurgau) wurde getötet, sein Sohn und sein Bruder Walter Kammermann aus Romanshorn, erlitten schwere Verletzungen. Der Chauffeur kam mit dem Schrecken davon. Die Bergung der Verletzten aus dem Tobel gestaltete sich äußerst schwierig.

## Auffindung einer römischen Straße

Karau, 8. Febr. Bei der Aushebung eines Grabens zwischen Betswil und Oberkulm stießen die Arbeiter in der Tiefe von 75 Zentimeter bis 1,25 Meter auf ein altes Straßengelände, das eine Mächtigkeit von etwa einem Meter hat. Die Untersuchung ergab, daß es sich um eine alte Römerstraße, die Verbindung zwischen den römischen Siedlungen Oberkulm und Gontenschwil, handelt.

## Grubenunglück bei Caltanissetta

Rom, 8. Februar. In einem Schwefelbergwerk bei Caltanissetta (Sizilien) explodierten bei der Entzündung einer Sprengmine Grubenarbeiter. Zum Glück befanden sich von den etwa 1000 Arbeitern zur Zeit der Explosion nur 18 im Schacht. Von diesen wurden nach stundenlangen Rettungsarbeiten fünf als Leichen geborgen. Ein sechster Arbeiter verschied beim Transport, während von den Verwundeten acht so schwere Verletzungen erlitten, daß man an ihrer Rettung zweifelt.

## 180 Schafe verbrannt

Mun, 8. Febr. Im nahe Weihenhorn brach nachts in den Stallgebäuden in der Schweinezuchtanstalt, wo gegenwärtig drei Herden von Weihenhorner Schafhaltern untergebracht waren, aus unbekannter Ursache Feuer aus. Dabei kamen nicht weniger als 180 Schafe, sowie Großvieh und ein Pferd auf arktische Weite ums Leben. Nur das kleine Wohnhaus des Wärters konnte vor den Flammen bewahrt bleiben.

## Die Verluste bei den Unruhen in Kaschmir

Srinagar (Kaschmir), 8. Febr. Bei den Ausschreitungen in Sandhara sind vier Personen getötet und mehrere verwundet worden. Die Polizei beherrscht die Lage.

## Brudermord

Strasbourg, 8. Febr. In dem Dorfe Kirrweiler im Kreise Zabern hat der 28 Jahre alte Bauernsohn Johann Birn morgens gegen 5 Uhr seinen um zwei Jahre jüngeren Bruder Jakob im Bett erschossen, während dieser noch schlief. Den Täter gelang es, den Mörder zu entkommen. Er hatte außer dem gebrauchten noch eine zweite Schusswaffe bei sich, die mit fünf Schüssen geladen war. Johann Birn ist seit einigen Jahren gemütskrank, galt aber als harmlos, so daß man von einer Ueberführung in eine Heilanstalt abgesehen hatte.

## Eisenbahntentat von Kommunisten versucht

Kattowitz, 8. Febr. In der Nacht zum Sonntag wurde zwischen den Stationen Koltsy und Brzesinki ein Güterzug von etwa 30 Männern überfallen, die den Zug bestiegen und ihn durch Anziehen der Handbremsen zum Langsamfahren zwangen. Die Täter warfen größere Mengen von Kohle und Brechern auf den Bahndamm und verbarrikadierten so das zweite Gleis. Die Polizei vermutet, daß die Täter in kommunistischen Kreisen zu suchen sind.

## Gold für Frankreich

Paris, 8. Febr. Mit dem Passagierdampfer American Shipper sind gestern in Cherbourg für die Bank von Frankreich 200 Barren Gold im Werte von 11 Millionen Dollars eingetroffen.

## Opfer eines Grubenunglücks

Brüssel, 8. Febr. (Sig. Draht.) Von den 27 verunglückten Bergleuten in der Grube Marianne an Pont sind elf geborgen worden. Sie sind sämtlich mehr oder minder schwer verletzt. Drei hiervon kamen mit dem Leben davonkommen. Außerdem wurden bis Dienstagabend acht Leichen geborgen. Jetzt befinden sich noch acht Bergleute in der Grube. Es besteht keine Hoffnung, sie lebend zu bergen, da sie, selbst wenn sie von der Explosion und den herabfallenden Trümmern verschont geblieben sind, erstickt sein müssen.

## Matuszka II.

Vom Strafgericht in Szegedin (Ungarn) wurde ein 15jähriger Junge, der unter der Einwirkung des Matuszka-Tentats von Bia Lorbago zwei Eisenbahntentate gegen Lokalsüge versucht hatte, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte ließ bei seiner Vernehmung aus seinen Antworten erkennen, daß er dem Beispiel Matuszkas folgen wollte.

## Der Urheber des Sarrazani-Brandes verhaftet

Einem im Dienst des Zirkus Sarrazani stehenden Geheimpolizisten ist es gelungen, im Laufe eines Trinkgelages in Brüssel von einem belgischen Clown namens Libot das Geständnis zu erlangen, daß er der Urheber des jüngsten Brandes in dem Zirkus in Antwerpen gewesen sei. Libot, der zu einem anderen in Belgien arbeitenden belgischen Zirkusunternehmen Beziehungen unterhält, hatte schon bei der ersten Aufführung des Zirkus Sarrazani in Brüssel gegen das Unternehmen gehandelt und soll damals eine Anzahl belgischer Arbeitslose zu einer Demonstration gegen die Verhaftung gebunden haben. Libot wurde verhaftet und nach Antwerpen gebracht, klagt aber jetzt alles.

# Mandschürische Schätze

Von Dr. Tong Leana Li

Der Kampf, der jetzt um und in Schanghai tobt, geht letzten Endes um den Besitz der Mandschurei, um die Schätze, die jenes unerschöpfende Land in sich birgt. Nach dem Krieg mit China 1894/95 mußte Japan auf seinen Siegespreis: Port Arthur und Dairen verzichten. Die Großmächte ließen diesen Neuerwerb nicht zu. Acht Jahre später riß Japan den Krieg mit Rußland vom Saun und eroberte sich diese Punkte endgültig. Seit diesem Zeitpunkt nahm Japans Handel und Industrie in der Mandschurei einen gewaltigen Aufschwung, so daß das Reich der aufgehenden Sonne nunmehr alles daran setzt, diese Entwicklung durchzubalancieren und nicht einmal vor Gewaltmitteln zurückzureden, um seinen Einfluß in der Mandschurei zu festigen.

## Die südamerikanische Eisenbahngesellschaft

Im Jahre 1907 schlossen Rußland und Japan einen Geheimvertrag, der die Mandschurei in zwei Interessensphären teilte. Dieser Geheimvertrag soll, wie es verlautet, — 1916 wurde er zum letzten Male verlängert — noch immer in Kraft sein. Der Vertrag befaßt sich ganz besonders mit den einzelnen Eisenbahnlinien. In der Mandschurei besitzen China 1800, Rußland 1096, Japan 700, Japan und China gemeinsam 140 englische Meilen-Bahnstrecken. Diese Linien sind natürlich nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach strategischen Gesichtspunkten gebaut.

## Japans Forderungen

Der Konflikt zwischen Japan und China entbrannte in erster Linie wegen dieses Eisenbahnbesitzes. Das Problem der Einflutung bzw. der Nichteinflutung der bestehenden Verträge spielte hierbei eine gewichtige Rolle. Es drehte sich dabei vor allem um die „Parallelität“ der Eisenbahnlinien, in erster Linie um die der südmandschurischen Eisenbahn, die sich im chinesischen Besitz befindet und von China zum Zweck der wirtschaftlichen Entwicklung der Mandschurei gebaut wurde.

Japan verlangte nun von China folgendes:

1. das Recht, die Kirin-Hueining-Bahn auszubauen,
2. es besteht auf sein Vertragsrecht betreffs der Parallelität,
3. es fordert von China die Zusicherung, daß es gegen die bestehenden Verträge, insbesondere die von 1915, nichts unternehmen werde.

Natürlich waren all diese Forderungen nur ein Vorwand. Hätte sie China angenommen, so wäre Japan wahrscheinlich mit neuen Forderungen aufgetreten. Japan will eben die Mandschurei und ihre Schätze ganz allein besitzen.

## Industrielle Anlagen

Die mandschurischen Kohleflöze bestehen hauptsächlich aus Mineralflözen. In der Südmandschurei aus zahlreichen Kohlenflözen und — ganz besonders in Fushun — aus Dohlschieferflözen. Durch eine neue Bearbeitungsmethode und die Aufstellung einer 178 Millionen Mark kostenden Maschinenanlage ist es den Japanern gelungen, den Dohlschieferbau durchaus rentabel zu gestalten.

In Anshan befinden sich japanische Eisenwerke. Die Erzlager von Anshan bergen etwa 300 Millionen Tonnen Hämatit-Eisenerz, das früher wegen seiner schweren Verhüttungsmöglichkeiten als unbrauchbar galt. Heute wird aber der 35-36 Prozent reines Eisen enthaltende Hämatit in leicht verflüchtbares Magnetit umgewandelt. In Anshan werden jährlich 800 000 Tonnen Eisenerz abgebaut.

Auch die drei größten Städte des Landes: Chardin, Dairen und Mukden bergen geradezu unermessliche Reichtümer.

## Chardin

Chardin zählt heute 419 000 Einwohner. Die Chinesen stellen zahlenmäßig den größten Bestandteil der Bevölkerung, trotzdem trägt die Stadt russischen Charakter. Die 72 000 dort anässigen Russen drücken Chardin ihren Stempel auf. Trotzdem hat Chardin keinerlei Verbindung mit Moskau. Weißrussische Emigranten geben der Stadt das charakteristische Gepräge. Chardin wird auch, allerdings sehr zu Unrecht, das „Paris des Ostens“ genannt. Es ist neben Schanghai die größte Amüsterstadt des Ostens. Die Russen verdienen dort viel Geld und geben es mit leichter Hand aus.

## Dairen

Der Aufstieg Dairens, im japanischen Sprachgebiet nördlich von Port Arthur gelegen, ist erstaunlich. Als die Stadt im Jahre 1905 nach dem russisch-japanischen Krieg in japanische Verwaltung überging, hatte es nur 19 000 Einwohner. In 25 Jahren wuchs die Bevölkerung auf 368 000 Seelen, hiervon 97 000 Japaner.

Die Stadt macht einen imposanten Eindruck. Breite asphaltierte Alleen, riesige Bankpaläste, Solars, herrliche Parks und moderne Anlagen machen Dairen zu einer der schönsten Städte des Ostens.

## Mukden

Die drittgrößte Stadt des Landes ist Mukden mit 351 000 Einwohnern. Der Stammsitz der alten Mandschuri-Dynastie. In den modernen Stadtvierteln ist ein neu-japanischer Einschlag zu fühlen. Trotzdem ist Mukden mit seinen unalten rein-chinesischen Palästen, seinen großen Ringmauern und seinen Kaisergräbern die Repräsentantin der alten chinesischen Kultur.

Diese drei Städte und auch die drittgrößte, Fushun, mit ihren 200 000 Einwohnern, sind von zahlreichen Millionären bewohnt. Sie sind die Zentren des Handels, an denen sich das Geld anhäuft. Die japanischen Kaufleute sind an all diesen Plätzen vertreten und haben so ihren Anteil an dem Reichtum des Landes.

In der Mandschurei gibt es übrigens ein ganzes Heer von Spionen und natürlich auch Spionenanstalt.

## Das Geheimdokument

In den großen Städten kann man die tollsten Gerüchte hören. In Chardin passierte vor einigen Monaten folgende kleine Geschichte:

Ein Weißruss suchte den Vertreter der Londoner „Times“ auf und bot ihm eine ganz große Sensation an. Es handle sich um ein Dokument, auf dem die neuesten russisch-japanischen Verhandlungen in Peking schon einmal gesehen.

Der Journalist lebte ab, worauf der Weißruss mit seinem Preis sofort auf 400, dann sogar auf 300 Dollar herunterging. Aber der Journalist wollte noch immer nicht das Geheimdokument kaufen; denn — er hatte dieses „Geheimdokument“ vor zwei Jahren in Peking schon einmal gesehen.

Der Spion zog unverständlicher Weise ab, bot anderen vermeintlichen Interessenten das Dokument an und erreichte schließlich, daß man bald darauf in Chardin von einer kurz bevorstehenden russischen Invasion sprach. So arbeiten in der Mandschurei die „Spione“.



## Hinter der chinesischen Front

Oben: Chinesische Frauen und Kinder werden auf primitiven Schlitten über die ungekorenen Flüsse aus dem Kriegsgebiet gebracht.

Unten: Die schwach ausgebauten Eisenbahnlinien dienen nur noch militärischen Zwecken. Alle Züge sind mit Verstärkungstruppen überfüllt, die nach den gefährdeten Randgebieten transportiert werden.

## Hermann Popert †

In Hamburg starb der Richter, Schriftsteller und Kommunalpolitiker Dr. Hermann M. Popert kurz nach vollendetem 60. Lebensjahre. Weltweit bekannt ist er als Verfasser des Erziehungsromans „Selmuith Harring“ bekannt geworden, der die hohe Auflage von 320 000 Exemplaren überstiegt. Dieses Werk und das „Tagebuch eines Seebenen“ sind der literarische Niederschlag lebensreformatorischer Bestrebungen. Für die Popert mit dem Einfluß seiner ganzen temperamentvollen Persönlichkeit kämpfte. Seine Anhänger vereinte die Zeitschrift „Der Vorwärt“, den Popert zusammen mit Hans Poelche vor dem Kriege begründete und während des Anstiegs im Geiste des Friedens führte.

## Goethe-Feier mit Halbkreuz

Der thüringische Nazi-Gauleiter Sautel hat ein Rundschreiben an die Mitglieder der Nazi-Ortsgruppe Weimar gerichtet, in dem er „Instruktionen“ für die bevorstehende Goethe-Feier gibt. „Zunächst protestiert Sautel dagegen, daß Gerhard Hauptmann, Theodor Mann, Walter von Molo, und andere Juden und Judenengel als Redner vorzulesen sind. Ferner wird befohlen: „Zur Goethe-Feier muß ganz Weimar im nationalsozialistischen Rahmen abgerufen“, damit „die zur Goethe-Feier ankommenen Juden und Judenengel den richtigen Gehmaß bekommen“. Es ist zu erwarten, daß die infamistischen Nazi-Barbaren Deutschland nicht nur vor der ganzen Welt blamieren und dazu die Stadt Weimar die Kosten zahlen muß.







# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

9. Februar 1932.

1718 Einführung der Kartoffel in Sachsen durch Regierung. — 1789 Stenograph Gabelsberger. — 1857 Griech. Dichter Dion. Solomos. — 1874 Franz. Diktator Jules Michelet. — 1881 Russ. Schriftst. F. Dostojewski. — 1905 Maler Adolf v. Menzel. — 1930 Soc. Abg. Dr. Paul Vent.

## Zum Großfeuer

### im Lagerhaus der Brauerei Moninger

Wir sind von der Berufsfeuerwehr noch geschrieben: Am Samstag, den 6. d. M., um 22.48 Uhr, wurde die Berufsfeuerwehr durch mehrere Feuermelder und fernmündliche Anrufe zu einem Feuer in der Nähe des Küllers Kruges gerufen. Dem ausströmenden Lösungsdruck wies der schon auf der Kreisstraße am Himmel sichtbare rote Feuerfleck den Weg zu dem an der Seufzstraße liegenden Lagerhaus der Brauerei Moninger, das bei Anbruch des Tages in ganzer Ausdehnung in hellen Flammen stand. Das Gebäude in einer Größe von etwa 10 x 30 Metern, 2 Geschosse, war erst im vergangenen Jahre erstellt worden und besteht bis auf Fundamente und eine Wand zur Straße hin ganz aus solider Holzkonstruktion. Diese sowie die in dem Schuppen untergebrachten großen Vorräte an Heu, Stroh und Torfballen boten den Flammen reiche Nahrung. Wände des Dachgeschosses und Dachkonstruktion einschließlich Lufte waren bei Eintreffen der Wehr von den Flammen schon größtenteils vernichtet, während im Erdgeschoss nur die innere Einrichtung sowie die Lagervorräte brannten, da diese die Wände erst angefaßt waren und schnell abgelöst werden konnten.

Vom 1. Völkung der Berufsfeuerwehr wurden 3 x 75 Millimeter-Leistungen vorgekommen, die unter Zwischenhaltung der Motorspritze große Wassermengen unter hohem Druck in die Flammen warfen, so daß nach etwa einer halben Stunde die Gewalt des Feuers gebrochen war. Von den Nachbargruppen und einem unmittelbaren hölzernen Anbau, in dem Hochbauten lagerten, konnte das Feuer abgefaßt werden. Die strahlende Hitze war jedoch so groß gewesen, daß ein auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlicher Bretterstapel angefaßt war und die Dachstuhldecke abholzte. Mit dem Erlöschen der hellen Flammen erfolgte auch gleichzeitig die Belüftung, so daß die nun einsetzende notwendige Kleinarbeit bis zum Herbeiführen von geeigneten Scheinwerfern durch Finsternis abemmt und erschwert wurde. Denn trotz Fehlens der Flammen alom die Glut in den Balkenlöchern und vor allem im Innern der Vorräte und feste für Zerföhrungswert unter der Oberfläche fort. Immer wieder flammten auch da und dort bei einem Luftzug und Zutritt von Sauerstoff offenes Feuer auf, so daß zur Erlangung höherer Beweislage bei der weiteren Bekämpfung zwei der gelagerten Leitungen in 4 x 52-Millimeter-Leistungen angefaßt wurden.

Bei der Brandbekämpfung beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Grünwinkel, die unter Kommando ihres Kommandanten Florian Mager am Brandplatz erschienen und die Berufsfeuerwehr bei Bekämpfung des Brandes am Westgiebel und im Innern des Schuppens unterstützten.

Ueber die Höhe des Schadens, der durch Veröhrung abgedeckt ist, sowie die Entföhrungsursache lassen sich noch keine bestimmten Angaben machen.

## Handelskammer Karlsruhe gegen weitere Verzögerung des Maxauer Brückenbaues

Im Vordergrund der Beratungen der letzten Vollversammlung der Handelskammer stand der dringende Wunsch von Industrie und Handel auf sofortige Inangriffnahme des Baues der Maxauer Rheinbrücke. Der Präsident der Kammer, Konful Nicolai, stellte mit lebhaftem Bedauern fest, daß die Inangriffnahme der Arbeiten zum Bau der festen Rheinbrücke bei Maxau immer noch auf sich warten läßt. Unter dem Beifall der Versammlung erhob er erneut mit allem Nachdruck die Forderung, daß nunmehr endlich die Bauarbeiten in Angriff genommen werden möchten. Wie stark das Interesse der Wirtschaft an dem endlichen Beginn des Brückenbaues ist, geht auch daraus hervor, daß die Handelskammer bei der badischen Regierung beantragt hat, sie möge sich in Berlin dafür einsetzen, daß die der Kammer ausstehenden Mittel aus der Reichsbank für unverzügliches Beginn des Brückenbaues zur Verfügung gestellt werden. Hierbei wäre auch der Zweck der Arbeitsbeschäftigung besonders gegeben, da bei Erdbebauungen beträchtlich der weitaus größte Teil des Geldes für Löhne ausbezahlt wird. Man könnte daher auf diese Art und Weise schon bald eine Anzahl Leute der Arbeitslosigkeit entziehen. Die Kammer wird ebenfalls alte Forderung auf Erledigung des Verkehrsbehindernisses der Maxauer Schiffbrücke durch eine feste Rheinbrücke durchzusetzen.

## Eisenbahner

### und Sozialversicherungsabbau

Am Freitagabend fand im Volkshaus eine aufgedachte Eisenbahnerversammlung statt, in der Koll. Spoll in instruktiven Ausführungen über „Die einschneidenden Eingriffe in das Versicherungsrecht der Eisenbahner durch die Notverordnung“ sprach. Einsehend wies der Redner nach, wie verfehlt es seitens der Arbeiter war, wenn sie über die hohen Krankentafelbeiträge schimpften. Sie folgten damit nur die Gehälter des Unternehmertums und der Eisenbahnverwaltung, denn diese ist in erster Linie an niedrigen Beiträgen interessiert. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember ist die ganze Krankentafelversicherung über den Hauften gemindert. Die Eisenbahnkrankentafel zahlt jetzt nur noch 28 Wochen lang Krankengeld. Früher wurde es ein volles Jahr lang bezahlt. Das durchschnittliche Krankengeld beträgt noch 2-3 M. Bei Aufnahme eines Familienmitgliedes in ein Krankenhaus bezahlt sich die Kasse nicht mehr an den Kosten. Auch das Sterbegeld für Familienangehörige fällt in Zukunft weg. Das Sterbegeld für Familienmitglieder, das früher den 40fachen Grundlohn zum Teil ganz einschneidende Eingriffe in die bisherigen Rechte der Familienmitglieder, die sich für den Einzelnen unter Umständen katastrophal auswirken können. Aus diesem Grunde sind auch die Gewerkschaften bei der Regierung vorstellig geworden, die ihr Krankentafelversicherung vor Augen hielten. Auch in der Invalidenversicherung sind ganz einschneidende Eingriffe vorgekommen worden. So kann ein Arbeiter nicht mehr länger wie einen Monat neben der K-Rente Krankengeld beziehen. Unerhört ist es, daß man Witwenrenten bis zu 20 Mark einfach gestrichen hat. In

der Abteilung B sieht es so aus, daß zwei Versicherte die Kosten für eine Rente aufbringen müssen. In der Unfallversicherung gibt es künftig keine Renten mehr von 10 und 15 Prozent, weil sämtliche Renten unter 20 Prozent einfach gestrichen worden sind. Eine weitere Kürzung ist bei der Hinterbliebenenrente festzustellen. Hier wurden bisher 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes des Mannes gezahlt, während es in Zukunft nur noch 66 2/3 Prozent sind. Der Redner erinnerte dann daran, daß es eine Zeit gegeben hat, wo wir überhaupt noch keine Versicherungen hatten. Wir haben deshalb alle Ursache, uns zu wehren, daß uns nicht alles, was wir noch haben, genommen wird. So viel uns auch schon genommen wurde, wäre es doch ein schwerer Fehler und ein sich bitter rühender Trugschluß, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollten, daß wir nichts mehr zu verlieren haben.

Wenn nun da und dort auch unter der Arbeiterkassier die Hoffnung auf das sogenannte Dritte Reich geistert, so sei daran erinnert, daß im Badischen Landtag ein Jünger des Dritten Reiches den brutalen Standpunkt vertreten hat, die Gelehrten für die Krüppel und Kranken seien zum Fenster hinausgeworfen, die solle man einfach ihrem Schicksal überlassen. Die hier zum Ausdruck geformte unangenehme Gefühllosigkeit und Rohheit zeigt deutlich, was die Arbeiterkassier von den Kindern des Dritten Reiches, den Faschisten zu erwarten hätte.

Lebhafter Beifall des vollbesetzten Volksausaales war der Dank für die lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion, die meist von grauföpfigen Pensionären und Invalidentrentnern getragen war, kam der ungedrohten Kampfwille und die unerschütterliche Treue der Eisenbahner zu den Idealen der Klassenbewußten Arbeiterkassier spontan zum Ausdruck und mancher großmütige Mäkel und Wisensmacher konnte sich ein Beispiel an dieser vorbildlichen, auf reichem Wissen und reicher Erfahrung basierenden Treue und Siegesversichert nehmen.

Zum Schluß machte noch Koll. Bäcker auf die Eiserne Front aufmerksam und forderte die Kollegen auf, sich reslos einzuschließen, denn dem Faschismus, der Kontingenzrevolution muß eine geschlossene Front, ein eburner Wall der Revolution entgegengestellt werden.

## Ergebnis des Photowettbewerbes der Naturfreunde

Die rührigen badischen Naturfreunde haben im vergangenen Jahr einen Photowettbewerb für die Amateurphotographen in ihren Reihen veranstaltet, zu dem insgesamt 640 Bilder von 62 Mitglidern eingeleitet wurden. Die Einlieferungen erfolgten unter einem Decknamen. Um ein vollständig unparteiisches Urteil zu erhalten, hat die Gauleitung Baden die Photogruppe München mit den Aufgaben der Preisprüfungskommission betraut. Diese bewertet die Gesamtleistung wie folgt:

Die Gesamtleistung der eingesandten Wettbewerbsbilder können wir mit Genugtuung und Freude unsere Achtung ausprechen. Es sind sehr viele wertvolle Arbeiten unter den Eisenbahner, die hohes Niveau erreichen und der eifertigen und adäquaten Arbeit der fotografierenden Naturfreunde des Gauess Baden. Besonders ist hervorzuheben die Landschaft vom Pfälzland und Mittelgebirge mit überzeugender Niedrigkeit und guten Stimmungsbildern reichlich vertreten. Die Architekturfotografie hat viele tüchtige Anfänger unter den Naturfreunden in Baden, außerdem zeigen eine Reihe guter Bilder von lieblich eingehender Naturbeobachtung durch Wiedererlebung kleiner Naturausblicke (Wälder und geologische Aufnahmen usw.) Auch die technische Ausführung ist bei der Mehrzahl der Bilder hochwertig und die Aufnahmen ansprechend. Eine Anzahl Einlieferer hätte besser abschneiden können, wenn sie die Auswahl ihrer Sammlung mit mehr Selbstkritik vorgekommen hätten usw.

Die drei Hauptpreise wurden folgenden Genossen zuerkannt: mit 50 M. 1. Preis mit 228 Punkten, Kennwort Solinear, Gen. Hoffmann (Karlsruhe); 2. Preis mit 25 M. 217 Punkte, Kennwort Trisognia, Gen. Fuh (Freiburg); 3. Preis mit 15 M. 207 Punkte, Kennwort Innsbruck, Gen. Braun (Sinaen).

Ehrenurkunden konnte ein Teil der Aufnahmen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Firma Gelpow Knopf (Karlsruhe) hat zur Zeit in einem Schaufenster in der Kammerstraße diese Arbeiten ausgestellt. Unsere Lesern können wir die Beachtung der mit vielen Fleiß, Fleiß und Ausdauer zusammengetragenen Arbeiten der Naturfreunde nur empfehlen. Wir sind überzeugt, daß dieser Photowettbewerb ein Ansporn der Amateurphotographen bei den Naturfreunden sein wird. Bemerkenswert ist, daß die Preise fast reslos an Mitglieder von Photogruppen fielen, was zweifellos auf deren eifertigen Arbeitsleistung zurückzuführen ist.

## Die Polizei berichtet:

### Fahrrad Diebstähle

Im Laufe des gestrigen Tages wurden in dieser Stadt fünf Fahrraddiebstähle angesetzt. In drei Fällen wurden Fahrräder als gefunden der Polizei abgeben.

### Erwischter Dieb

Ein verheirateter Kolporter von hier, der am Hauptbahnhof die elektrische Beleuchtungseinrichtung eines Fahrrades entwendet hatte, wurde gestern festgenommen.

### Ausstreitungen

In vergangener Nacht mußte die Polizei in mehreren Fällen gegen Angehörige einschreiten, die auf der Straße handelten. Dabei wurde in drei Fällen den Beamten lebhafter Widerstand entgegengesetzt.

## Spendet für die Winterhilfe

Anlässlich des Südwest-Blastonseries am letzten Donnerstag in der Festhalle hat Parrer Kaptes während der Pause eine Ansprache zum Nutzen der Winterhilfe gehalten, die bewundernswürdig nicht den Konzertbesuchern hörbar gemacht wurde. Parrer Kaptes führte u. a. aus:

An aufmunternder Muth erheben Sie sich über die Sorgen dieser Tage. Darf ich Ihre Gedanken einen Augenblick lang hinlenken zu dem Wert, dem dieser Abend dient, zur „Notgemeinschaft“. In Karlsruhe ist, seitdem die Notgemeinschaft im November 1931 ihre Arbeit begann, an allen Plätzen, in allen Straßenabteilungen ein Bild zu sehen, wohl das eifertigste Vorbild, das die große Reichheit hat e



FÜR 1000 MK. VIEL SCHÖNE PREISE, SCHICKT PILO-PETER VON DER REISE.

Neue spannende Ergebnisse und ein aufregender Wettbewerb. — 1 Preis: Eine goldene Ambanduhr! Hört alle! Im Südkun: am 10. Februar 1932, nachm. 14 Uhr 15. Wer keinen Radio hat, läßt sich einladen!

Kollisch schau. Das Bild soll alle, die noch satt zu essen haben, tief beunruhigen. Sie sollen immer wieder daran erinnert werden, daß es ihre Pflicht ist, der Mutter zu helfen, damit sie ihrem Herzen folgen kann, sich liebevoll zu ihren Kindern zu neigen, ihren Hunger zu stillen. Muß nicht in den Kinderherzen Haß entstehen gegen eine Mutter, die ihnen das Brot verweigert? Und muß nicht ebenso bei den Millionen Volksgenossen, die heute darben müssen, Haß entstehen gegen die Kinder, die ihnen das Brot vorenthalten? Und wenn die Beherrschenden dann dazu noch das lieblose Schimpfen hören über die „Wohlfahrtskassen“, den häßlichen Ginstel bei allen Steuern auf die Föhrerposten, dann müssen sie ja zu einem gewaltigen Kampf um ihre Existenz angefaßt werden. Denn sie haben doch alle ein Recht auf Leben!

Die Not ist nicht zureichen, sondern zusammenbinden. Darum ist „Notgemeinschaft“ eine Genossenschaft, geradezu die Genossenschaft, welche die Eltern zu den Kindern hinwendet; sie ist die Brücke über die Klüfte, die der Hunger reißt! Auch dieser Not müssen wir ihren Segen abtragen. Dieser Segen ist, daß die gegenseitige Verantwortung immer härter wird. Die Arbeitslosen, ihre darbenenden Familien leiden unschuldig. Sie sind der Gesellschaft nichts schuldig, aber die Gesellschaft ist ihnen alles schuldig! Darum muß ihnen das, was sie zum irdischen und geistigen Leben brauchen, gegeben werden. Nur wenn die innere Haltung des Schutzgefühls bei all den Wohlfahrtsunternehmungen zum Ausdruck kommt, bei allem, was wir heute zur Bänderung der Not tun, nur dann wird jenes Kinderwertigkeitsgefühl befeuert, welches immer mehr die innere Verantwortlichkeit der Hilfsbedürftigen zu erlösen droht.

Und einen weiteren Gedanken darf ich Ihnen, verehrte Zuhörer, noch als Folgerung dieser Genossenschaft zum Nachdenken mitgeben. Alle Unterstände fordern immer wieder:

### Arbeit hat bloßer Unterhaltung!

Die Gemeinden erklären: wir haben kein Geld. Sollte man da nicht gerade die unpopuläre alte Steuern, die Bürgersteuer, die doch um der Fürsorge willen erhoben wird, aus dem allgemeinen Etat herausnehmen als Grundlage zur Finanzierung von Notstandsarbeiten? Dann sollte mit allem Nachdruck und mit der Unterstützung von allen Parteien und Genossenschaftlichen von jedem Bürgerkassierpflichtigen, der es einigermassen leisten kann, derselbe Betrag nochmals als freiwillige Leistung gefordert werden. Da würde dann die gesamte Öffentlichkeit einer Gemeinde, wieviel Tagewerk gemeinnütziger Arbeit den Arbeitslosen, vor allem den Wohlfahrtsverwerflichen zur Verfügung gestellt werden können. Und da es sich um Opfer einer Notgemeinschaft handelt, könnte von den Arbeitslosen, die doch auch zur Notgemeinschaft gehören, dann das Opfer einer niedrig bezahlten Arbeit verlangt werden, deren Lohn eben um den Betrag ihrer Unterhaltungsfrist liegt, der durch den häßlichen Appell an die Freiwilligkeit aufgebracht wird. Opfer haben und bringen das Wert, in welches diese Opfer hineingekostet werden, wäre das schärfste Denkmal wirtlicher Notgemeinschaft für kommende Generationen.

So gibt es noch Auswege, wenn wir mutig, gewissenhaft und verantwortungsbewußt genug sind, sie zu suchen und zu geben. Gewiß, es sind, auf das Ganze gesehen, keine Auswege. Aber sie können doch das lähmende Gefühl der Verzweiflung und der Unfähigkeit, und sie führen zu dem Ziel hin, daß endlich die Menschheit den Weg zur Verhinderung der Wölfer einschlägt, um die Kulturgeschichte dieses Jahrhunderts zu überwinden, die Arbeitslosigkeit von fast 25 Millionen Menschen in unserer sogenannten zivilisierten Welt.

(:) Verbilligte Mittagsspeisung der Karlsruher Notgemeinschaft. Für die Bedürftigen von Grünwinkel und Daxlanden wird in den nächsten Tagen eine neue Speisestelle für das verbilligte Mittagessen der Karlsruher Notgemeinschaft im Gasthaus zum „Goldenen Engel“, Durmersheimer Straße 6, errichtet. Die Teilnehmerarten für diese Speisestelle können bei den Verteilungstellen der Karlsruher Notgemeinschaft von den Notgemeinschaftsmitgliedern beantragt werden.

(:) Der Treuhänder Eshbach in die Illenau verbracht. Der Treuhänder Eshbach, der sich, wie erinnerlich, unter dem Deckmantel eines guten Christen ungefähr 400 000 M von Leuten in verdorbenen Teilen Badens erschwindelt hat, ist zur Unterjuchung seines Geisteszustandes nach der Illenau verbracht worden. Eshbach hatte damals viele Leute um die sämtlichen Erparnisse gebracht.

## Kinheim

### Generalappell der Kinheimer Arbeiterkassier

Die junge Garde, die in Stürmen erprobten Männer, sowie die alten Parteidämpfer und Veteranen traten am Freitagabend zum Generalappell im Lokal zum „Hirsch“ an. Der geräumige Saal war pünktlich zur angelegten Stunde bis auf den letzten Platz gefüllt. „Der zur Eiserne Front“ war das Thema, das der Parteivorstand, Gen. Wils. Koch in fast einhalbstündigen Ausführungen behandelte. Er gab zunächst ein Bild der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterkassier, schilderte die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die um die politische Freiheit und menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie um die Bekämpfung einer Sozialgesetzgebung geführt werden mußten. Mit diesen Ausführungen stellte der Redner unter Beweis, daß der vor 70 Jahren von Ferdinand Lassalle aufgestellte Grundgedanke: „Die deutsche Arbeiterkassier hat nichts zu verlieren als ihre Ketten“, heute keine Geltung mehr habe. Die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterkassier war nicht nur Kämpfe zu führen und der Masse Opfer aufzuopfern, nein, es galt auch Institutionen zu schaffen, um aus dem Abhängigkeitsverhältnis kapitalistischer Interessensphäre herauszukommen. Die Gefahren, die von der Arbeiterkassier Ertrugene erschlagen zu sehen durch den schlimmsten Feind der Arbeiterkassier, den Faschismus, sehen wir heraufziehen. Das ist es, wogegen wir uns bereit zu stellen haben und rüsten zum Abwehrkampf. Die deutsche Arbeiterkassier hat heute im Gegensatz sehr viel zu verlieren. Wenn die faschistische Bande alaucht, daß wir uns so ohne weiteres abglatzen lassen, so irren sich die Köpferkollern. Weil wir die Ertrugenschaften der Arbeiterkassier nicht lamplos preisgeben wollen, rüsten wir zum entscheidenden Abwehrkampf. Die Massen der Arbeiterkassier stellen sich zunächst in einer Abwehrformation gegen den schlimmsten Feind der republikanischen Staatsform und ihre demokratische Verfassung. Sollte es die Faschisten jenen zum offenen Kampf übergeben, haben wir herauszutreten aus unserer bisherigen Defensive. Um diesen Kampf gegen unseren schlimmsten Feind siegreich zu besteben, wurde die „Eiserne Front“ geschaffen, in die wir uns alle einzureihen haben. Da die Faschisten uns heute schon ganz offen wissen lassen, was wir von ihnen zu erwarten haben, wenn sie an die Macht kommen, so sprechen auch wir ganz offen aus, ein Schonen, wie ihm Jahre 1918, werden auch wir nicht mehr üben, wenn es umgekehrt kommt.

Redner schloß seine Ausführungen mit Instruktionen, denen wir uns alle zu unterwerfen haben, um am Tage des Angriffs seitens des Faschismus gewappnet und gerüstet zu sein. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion an. Alle Redner schlossen sich der Forderung des Parteivorstandes an: „Der zur Eiserne Front“. Mutige Entschlossenheit setzte sich auf den Gesichtern der jungen Garde, als der alte Parteivorstand Genosse Eshbach die Jungen aufforderte, sich vorzubereiten für den Kampf um die Ertrugenschaften der Arbeiterkassier, selbst unter Einsatz ihres Lebens. Ueber 100 Genossen schlossen sich in die Mitte der Eiserne Front ein. Ein Bravo den Kinheimer Genossen!

Grot.



Sichtspielhäuser

Schauburg

Die Zeit des Karnevals ist dazu angetan, mehr als es die miserable Situation während des Jahres rechtfertigt, den Frohsinn und die Gekochtheit zu Worte kommen zu lassen.

Reißens-Vischspiele, Waldstraße 30

Wie eine Art Komödie und doch das große Los gewonnen mit der ergebendsten Grotte Rosheim, die sich mit dieser Leistung in die vorerföhrte Reihe der prominenten Filmtheater einreihen lassen.

Zuerst werden und die 7 Suerne werden ebenfalls heute von 2 bis 3.30 Uhr regelmäßig gezeigt. Der alte feine Rindern eine Polnachtsstunde werden wir, welche sie heute nachmittags ins „Reiß“.

Was „Nauticus“ im Polarreis sah und erlebte

Dr. Willner, der einzige Deutsche, der als Polarforscher und Schiffskapitän auf Entdeckungsfahrt an der Polar-Unterseeexpedition teilgenommen hat, erzählt die Anekdote über den Verlauf der Fahrt, die tatsächlichen Beobachtungen und Ergebnisse des Unternehmens öffentlich zu sprechen.

Wasserstand des Rheins

Bolet 34; Waldsbüt 176, gef. 3; Schülertief 24, gef. 9; Rebl 174, gef. 4; Maxau 347, gef. 6; Mannheim 211, gef. 4; Caub 153, gef. 3 1/2 m.

Veranstaltungen

Dienstag, 9. Februar:

- Badisches Landestheater: Polnachtsfabrik. 20 Uhr.
Kaiserhof-Theater: Großes Varieteprogramm. 20 Uhr.
Kammer-Theater: Schiffsbau. 20.30 Uhr.
Kammer-Theater: Der Bettelstudent. 20.30 Uhr.
Kammer-Theater: Das Spiel der Dür. bis morgen früh. 20.30 Uhr.
Kammer-Theater: Arm wie eine Kirchenmaus. 20.30 Uhr.
Kammer-Theater: Die Germania-Redoute. 20.30 Uhr.
Kammer-Theater: Nachmittags: Polnachtsfabrik. Abends: Koffinhaut.
Kammer-Theater: Nachmittags: Polnachtsfabrik. Abends: Großes Polnachtsfestspiel.
Kammer-Theater: Nachmittags: Polnachtsfabrik. Abends: Großes Polnachtsfestspiel.
Kammer-Theater: Nachmittags: Polnachtsfabrik. Abends: Großes Polnachtsfestspiel.

Schneebericht

(Mittlicher Bericht der Badischen Landeswetterwarte)

Feldberg-Pollkation: Trudener Nebel, minus 7 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe.
Hinterzarten: Nebel, minus 3 Grad, Eisbahn sehr gut.
Karlshausen: Nebel, minus 3 Grad, Eisbahn sehr gut.
Karlshausen: Nebel, minus 3 Grad, Eisbahn sehr gut.
Karlshausen: Nebel, minus 3 Grad, Eisbahn sehr gut.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittwoch, den 10. Februar, abends 20 Uhr, im Lokal zum Rönig von Württemberg Besprechung der Arbeitervereine...

Die Hauptversammlung der Frauenaktion findet nun bestimmt am Mittwoch, 10. Februar, abends 8 Uhr, in der Gambinushalle statt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unter dem Einfluß einer nach Deutschland gezogenen Zykone treten bei uns heute nach leichter Schneefälle auch in tiefen Lagen auf. Untere Witterung wird morgen noch von dieser Störung beeinflusst.

Fische
Für Aschermittwoch
Grüne Heringe
3 Pfund 50
Wie werden grüne Heringe am besten zubereitet?

Badisches Landestheater
Fasnachts-Kabarett
Musikalische Leitung:
Alle Kapellmeister
Einladung der
Ehrliche Kaufmann
Anfrage:
Felix Baumhach

Wohnzimmer
eiche dunkelbraun
gebeizt, best. aus
1 Büfett mit abgerundeten Ecken u.
Nachtstuhle,
Auszug und Silberkasten, im Aufsatz
gewölbt, Schelben
u. Umrandung von
Nußbaum-Wulstleisten
1 Tisch mit abgerundeten Ecken
4 Polsterstühle
1 Chaiselongue
275.-
Großer Schläger
Möbel Krämer
Karlsruhe, Kaiserstr. 20

Bratschellische 25
Kablau und Schellische 37
Kablaufilet 60
Stockfische 30
Diese Woche noch „billige Heringe!“
Vollheringe 38
pur Milchher 68
Verlangen Sie bitte Rezept!

Pfankuch
5% Rückvergütung
Der beabsichtigte Krieg gegen Frankreich, Rußland und die Randstaaten -15
Die Parteivereine, Volksfreundfilialen und Trägerinnen werden gebeten, ihre Bestellung auf diese neue Broschüre umgehend aufzugeben.

Kühler Krug
Heute abend
Masken-Ball
Bez. 8 Uhr. Eintritt 1.20
Männergesangverein
Karlsruhe E. V.

Kleines Haus
in Wilsdorf mit großem Hof und Garten
in guter Lage billig bei günstigen Zahlungsbedingungen
Offerten unter Nr. 1141 an den Stellvertr.

Es stimmt etwas nicht bei Herrn Hitler!
Material über diese Vermutung enthält die soeben erschienene Broschüre von
Fr. Wendel
Hitler gegen die Lebensinteressen Deutschlands
Der beabsichtigte Krieg gegen Frankreich, Rußland und die Randstaaten -15
Die Parteivereine, Volksfreundfilialen und Trägerinnen werden gebeten, ihre Bestellung auf diese neue Broschüre umgehend aufzugeben.

Grammophon, erklaffig, tadellos, mit ebenjohden Blatt u. herantlen aber au taufcher mit Wöhrenschine, Büffet, Et. Gie über sonstiges. Anaca u. Nr. 1146 an d. Stellvertr.

Volksfreund - Buchhandlung
Karlsruhe I. B., Waldstraße 28 / Fernsprecher 7020/21

Amthige Bekanntmachungen
Die Maul- und Klauenseuche im Farnenfall
Karlsruhe, den 8. Februar 1932. D. J. 8
Bad. Bezirksamt. - Polizeidirektion B

Bürgerfeuer der Arbeitnehmer
Arbeitgeber, die bürgerfeuerpflichtige Arbeitnehmer beschäftigen, haben die von den Arbeitnehmern auf den 8. Februar 1932 angeordnete Bürgerfeuer in den bürgerlichen Zellen bei den nächsten auf die bürgerliche feiertage folgenden Lohn- oder Gehaltszahlungen einzubehalten und binnen einer Woche an die Stadthauptkasse abzuführen.

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle nur briefl. Samstags: 11. u. 12. Uhr
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch, Unter den Linden Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr.

Gaggenauer Anzeigen
Witterberatungsfunde.
Die nächste Witterberatungsfunde findet am Mittwoch, den 10. ds. Mts., nachm. von 2 bis 3 Uhr im Rathaus (Bürgeraal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Sag ihm, wer Du bist!
Wer sein Blatt gern liest
sowie bestrebt ist ihm zu dienen, der mußte immer u. immer wieder dem Inserenten sagen:
„Ich komme zu Dir, weil Du mich durch eine Anzeige gerufen hast.“

Gebrauchte Möbel
(aute) aller Art werden angekauft und verkauft
Schlirrmann, markgrafenstr. 43
Pflanzeng. u. Eihwagen billig zu verkaufen. Ad. 3-8, Schützenstr. 22, V.

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37 Tel. 7363
Ausführung aller Malerarbeiten
solid und preiswert.

Süß-Bücklinge
ausgezeichnete Qualität gut geräuchert
Pfd. 25
5 Pfund-Kiste 1.20
Ferner nur diese Woche zu Ausnahmepreisen
Herings-Salat 15
mit 1st-Mayonnaise Pfd. 58
Fleisch-Salat 18
Pfd. 70

Pfankuch
5% Rückvergütung

Pfankuch
5% Rückvergütung